



# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.  
Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Preis pro Nummer 15 Pfennige.  
Zu beziehen durch unsere Funktionäre.

Redaktion und Verlag:  
Berlin O. 27, Schilderstraße 5.  
Fernruf: Alexander, 3007.

Das Mitteilungs-Blatt kann bei jeder Postanstalt  
bestellt werden. Bezugspreis 2,10 Mk. pro Vierteljahr  
inklusive Bestellgeld.

Nr. 27.

Berlin, den 6. Oktober 1918.

13. Jahrgang.

## Die letzte große Illusion.

Berlin, den 1. Oktober 1918.

### Das Ende eines Traumes.

Gar manche Illusionen, die bis in die neueste Zeit hinein in vielen deutschen Köpfen wucherten, sind in diesen Tagen jäh getnickt worden. Die eiserne Logik der Kriegsergebnisse, die nicht nur draußen auf den Granattrichterfeldern waltet, sondern auch im ökonomischen, politischen und sozialen Leben der Völker nach unabänderlichen Gesetzen regiert, hat jetzt zu Beginn des 5. Kriegswinters Ergebnisse gezeitigt, die jedem, der sich den Blick von nationalem und imperialistischem Nebel nicht trüben ließ, in großen Umrissen schon klar waren. Eine dieser großen Illusionen war der Traum von „Mitteleuropa“, der jetzt fast über Nacht gründlich ausgeträumt ist. Das Sonderfriedensangebot Bulgariens bringt für die mitteleuropäischen Träumer ein rauhes Erwachen. Die Moral des nationalen Pharisaismus mag über den „Verrat“ des Herrn Malinoff noch so sehr in Wallung geraten, an der Tatsache vermag das nichts zu ändern, daß eine Koalition, die sich nur auf Grund von imperialistischen, nationalistischen und dynastischen Interessen zusammengefunden hat, eines schönen Tages doch in die Brüche gehen mußte, wenn diese Interessen ihrer ganzen Natur nach miteinander in Konflikt gerieten. Wenn schon während des ganzen Völkerwürgens mit dem moralischen Maßstab nicht viel anzufangen war, so soll man jetzt, wo die Weltkatastrophe ihrer Liquidation zustrebt, die Moral erst recht außer Betracht lassen. Was von der bulgarischen Bündnistreue zu halten war, das hat schon die Geschichte der Balkankriege von 1912 und 1913 gezeigt. Die „Ethik“ des Weltkrieges hat an dem Egoismus der herrschenden Klassen Bulgariens nichts geändert. In den Tiefen des bulgarischen Volkes aber regt sich die Sehnsucht nach Frieden so übermächtig, daß die Interessen der Herrschenden und das Sehnen des Volkes den kriegerischen Absichten der Vormacht der Mittelmächte lähmend in die Arme fallen. Seit vielen Wochen sind die Nachrichten aus Bulgarien äußerst spärlich gewesen. Erst jetzt erfahren wir so ganz beiläufig, daß es in Bulgarien zu inneren Unruhen gekommen ist, die sogar mit dem Epitheton „bolschewistisch“ bezeichnet werden. Die herrschenden Klassen aber sehen aus dem Umschwung an der deutschen Westfront, daß ihr Vandalentum in Rumänien, Serbien und Mazedonien noch nicht sicher in der Scheune ist und suchen daher durch einen Sonderpakt mit der Gegenseite zu retten, was ihnen aus dem Schiffbruch zu retten nur möglich ist. Jetzt, da diese Zeilen geschrieben werden müssen, liegt in Deutschland noch keine Nachricht vor, wie die Sobranje, die bulgarische Volksvertretung, sich zu dem Schritte des Herrn Malinoff stellt. Aber gerade dieses Schweigen des deutschen Nachrichtendienstes läßt darauf schließen, daß Herr Malinoff nicht als Einzelperson gehandelt hat. Mit ziemlicher Sicherheit darf man schon heute annehmen, daß Bulgarien militärisch und politisch aus dem Guthabekonto der Mittelmächte zu streichen ist.

Die Folgen, die sich durch die schroffe Wendung der Dinge auf dem Balkan entwickeln werden, sind von ungeheurer Tragweite. Das Band, das die Türkei mit den Mittelmächten umschlingt, ist zu einem dünnen Zwirnsfaden geworden, der jeden

Augenblick reißen kann. Ob die deutschen Truppen in der Lage sind, das Zurückfluten der bulgarischen Heeresmassen zum Stehen zu bringen, muß abgewartet werden. Noch ist zurzeit nicht klar ersichtlich, wie die Entente sich Bulgarien gegenüber verhalten wird. Wahrscheinlich ist, daß sie ihre militärischen Erfolge auf bulgarischem wie auch auf serbischem Gebiete auf eine noch breitere Basis zu stellen bestrebt ist. Das proletarische Europa und damit auch das der Balkanländer wird allmählich erkennen, daß ein gedeihliches und friedliches Zusammenleben der Völker nicht erreicht werden kann durch imperialistische Bündnis- und Eroberungsmanöver der herrschenden Klassen, nicht durch Schaffung von unnatürlichen Koalitionen, die mitten im Weltkriege für neue künftige Kriege geplant wurden, sondern einzig und allein durch eine klare Politik, aufgebaut auf den Forderungen des internationalen proletarischen Sozialismus, Forderungen, bei denen von vornherein alle kapitalistischen, nationalistischen und dynastischen Interessen ausscheiden.

### Eine Angstgeburt.

Es geschehen noch Zeichen und Wunder.

„Deutschland ist über Nacht aus einem Militär- und Polizeistaat zu einem demokratischen Volksstaat geworden.“ So kann man es wenigstens in der fortschrittlichen und regierungssozialistischen Presse lesen. Die Zentrumspresse betrachtet die Dinge etwas nüchtern. Und was ist geschehen? Am 30. September hat Graf Hertling sein Amt als Reichskanzler niedergelegt und Wilhelm II. hat in einem Handschreiben seinem treuen Diener den Abschied gegeben und gleichzeitig erklärt: „Es ist mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung.“ Damit ist der Anfang zu einer sogenannten parlamentarischen Regierung gegeben. Zur Stunde ist das Suchen und Sichten der neuen Männer in vollem Gange. Es verlohnt sich nicht, auf die üppig wuchernden Kombinationen einzugehen, die jetzt die Spalten der Zeitungen füllen. Wenn diese Zeilen vor die Augen unserer Leser kommen, werden sie wissen, welche neuen Männer auf dem Boden des deutschen Staatslärrens sitzen werden. Jedenfalls wird das Zentrum, die Fortschrittspartei und nicht zuletzt der Regierungsozialismus die neuen Staatslenker stellen. Deren Aufgabe ist, um es in kurzen knappen Worten zu sagen, das Durchhalten, oder wie man es jetzt in der kritischen Phase des Weltkrieges nennt, die nationale Verteidigung unter allen Umständen durchzuführen. Der Regierungsozialismus hat es bisher als eine Beleidigung empfunden, wenn ihm die Bezeichnung kaiserlich-deutsche Sozialdemokratie zuteil geworden ist. Seit dem 30. September d. J. muß diese Bezeichnung ein Ehrentitel für ihn sein, denn jetzt stellt er sich freiwillig und ostentativ als Stütze und Schützer vor die Dynastie. Man fragt sich unwillkürlich, ob diese Herren, die sich in ihrem Dünkel für die echten Kenner und Befürworter des wissenschaftlichen Sozialismus halten, nie-

mals die Geschichte Englands von 1640—48 und die Frankreichs vom Jahre 1789—1793 gelesen haben. Ganz zu schweigen von gewissen Schriften eines Karl Marx über die Revolution in Frankreich und anderswo. Aber mag dem sein wie ihm wolle. Auch in diesen Tagen muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß das demos, d. h. das Volk, bei dieser Art Demokratisierung aber auch rein gar nichts dreinzureden hat. Ja, daß nicht einmal seine überjährige Volksvertretung, der deutsche Reichstag, dazu herangezogen worden ist. Sogar der Hauptausschuß des Reichstages hat darauf verzichtet, bei Gestaltung der Dinge auf dem Posten zu sein. Die demokratische Ministermehrheit vollzieht sich in geschlossenen Zimmern in persönlicher Aussprache, bei der neben engbegrenzten parlamentarischen Erwägungen auch der ganze Jahrmarkt menschlicher Eitelkeit eine Rolle spielt.

Heute, da die Volkregierung noch nicht aus dem Ei gekrochen ist, sind längere Betrachtungen über die Art ihrer Zusammensetzung nicht am Platze. Darüber wird noch sehr eingehend zu reden sein. Die deutsche Arbeiterschaft mag sich drei große Fragen vorlegen: Wird eine Regierung, die sich zusammensetzt aus den Vertretern einer ihrer ganzen Art nach reaktionären Partei, des Zentrums, aus Vertretern einer Partei, die rein kapitalistisch orientiert ist, des Fortschritts, und einer Partei, die die proletarischen Worte „nationale Verteidigung“ auf ihre Fahne geschrieben hat, des Sozialpatriotismus, ob eine Regierung, die mit dem Apparat des alten Polizei- und Militärstaates arbeiten muß, in der Lage ist,

1. bald einen Frieden herbeizuführen, der tatsächlich die Gewähr der Ehrlichkeit und der Dauer in sich schließt,

2. ob eine solche Regierung die wirtschaftlichen Folgen von vier Kriegsjahren in bezug auf Ernährung, Lebenshaltung usw. in absehbarer Zeit beseitigen kann, und

3. ob eine solche Regierung die Schultern der Arbeiterklasse von den unwägbarsten Lasten eines Notfriedens bewahren kann.

Die Antwort auf diese Fragen wird der Arbeiterklasse nach einigen Wochen oder Monaten gegeben sein.

Die Bedingungen, die der Regierungsozialismus für den Fall seines Eintritts in die Regierung formuliert hat, haben das Schicksal gehabt, das wir ihnen vorausgesagt haben. Man hat sich auf einer „mittleren Linie“ geeinigt, bei deren Zustandekommen der Regierungsozialismus der nachgebende Teil gewesen ist.

Wenn überhaupt von einer Demokratisierung der Regierung geredet werden kann, so ist die Erfüllung von zwei Forderungen in aller nächster Zeit unbedingt zu fordern: Einmal die Aufhebung des Belagerungszustandes und zweitens die Amnestie für alle im Kampfe für den Frieden Verurteilten. An der Erfüllung dieser Forderungen wird sich zeigen, ob mit der Demokratisierung einigermaßen ernst gemacht werden soll oder ob es sich nur um eine in der Not der Stunde umgehängte Deloration handelt.

# Der nächste Zahlabend findet am kommenden Mittwoch, den 9. Oktober, statt. Genossen! Erscheint zahlreich und meldet Euch zur Wahlhilfe im 1. Kreis.

Unsere Forderungen, die Forderungen des internationalen Sozialismus, gehen weiter. Auch wir wollen nicht den Sieg des Entente-Imperialismus über Deutschland. Was wir wollen, das ist die Schaffung von Zuständen in unserem Lande und auch in anderen Ländern, die das Zustandekommen eines proletarischen Friedens ermöglichen. Darunter verstehen wir einen „Völkerbund“ nicht im bürgerlich pazifistischen Sinne, einen Völkerbund, in dem schließlich die kapitalistischen Interessen immer wieder neue Zwietschkeime aufsprießen lassen, sondern einen Bund von Staaten, in denen auf der Basis der sozialistischen Wirtschaftsarbeit die Interessen derer, die mit Kopf und Hand arbeiten, von selbst eine friedliche Kulturgemeinschaft herbeiführen. Um dieses Friedensziel zu erreichen, sind allerdings andere Methoden notwendig als die, die der Regierungssozialismus anwendet, mit denen letzten Endes nur, wie er selbst sagt, die innere Front wieder gefestigt werden soll. Wir richten unsere Front gegen jede Erscheinungsform des Imperialismus, mag er in mehr oder weniger geschickter demokratischer Maske auftreten.

Ein Meisterstück demagogischer Arbeit hat der „Vorwärts“ geliefert, um die Saat seiner Volksregierungswünsche reifen zu lassen. In seiner Nummer vom 30. September brachte er einen Leitartikel, in dem er in krassen Farben die Folgen einer feindlichen Invasion schilderte. Tags zuvor waren uns einige Ansichtskarten übermittelt worden, die offenbar von jener geheimnisvollen Propagandastelle ausgehen, die die berühmten Annexionsplakate zu Tausenden in die Welt gehen ließen. In knallgelben Farben war auf diesen Karten ein Schreckbild von der Sklavenarbeit deutscher Arbeiter entworfen, die halb nackt unter der Aufsicht französischer Scharren arbeiten müssen. Genau dieselbe Tendenz sprach aus dem erwähnten „Vorwärts“-Artikel, der als Dokument der Zeitgeschichte eine historische Bedeutung hat. Eine Demokratisierung, die zu solchen Mitteln greifen muß, trägt von vornherein den Keim der Fäulnis in sich.

Die letzte große Illusion besteht darin, daß die deutsche Arbeiterschaft in ihrem politisch ungeschulten Teil noch einmal glauben wird, daß Männer, die vor sechs Jahren unter ganz anderen Voraussetzungen in das Parlament geschickt worden sind, die vier Jahre lang die Kriegspolitik des Militärstaates gestützt haben, nun auf einmal die Kriegsfurie meistern und dem Frieden das Tor öffnen können.

## Sozialismus und Staatssozialismus.

Schier zusammenbrechend sind die Völker in das fünfte Kriegsjahr gewankt. Noch ist kein Ende des allgemeinen Schreckens abzusehen. Je länger aber die sinnlose Vernichtung von Menschenleben und materiellen Gütern fortgesetzt wird, desto tiefer greifender und umfangreicher sind die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen, die naturnotwendig daraus folgen.

Unzweifelhaft ist dieses Problem das Hauptergebnis des Krieges. Immer klarer wird, daß die Weltkatastrophe ein Resultat des herrschenden Wirtschafts- und Gesellschafts Systems ist und daß dieses Wirtschafts- und Gesellschafts System an der eigenen Eier und Unerfahrenheit zugrunde geht. Der Kapitalismus ist grundsätzlich schuld am Kriege und an seiner maßlosen Verlängerung. Und der Kapitalismus wäre unter den vernichtenden Wirkungen der selbstgeschaffenen Anarchie längst zusammengebrochen, wenn in der kritischen Stunde nicht der Staat mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln den trachenden Koloss geschützt und gestützt hätte. Leute, die nichts gelernt und nichts vergessen haben, jubelten entzückt und voll Bewunderung über diese Rettungsaktion zugunsten einer sinkenden Klassenordnung, sie fanden in ihrem Ueberschwang der Gefühle, Selbsttäuschungen, Illusionen dafür das schöne Wort „Kriegssozialismus“, feierten den streitbaren Hüter der „Kriegssozialismus“.

Im Laufe von mehr als vier schreckensvollen Kriegsjahren sind die Dinge unter der Protektion der vielgepriesenen Staatsautorität ihren ehernen Gang gegangen. Angesichts des zügellosen Preiswuchers, der glänzenden Dividendenwirtschaft der großen Armeelieferanten, des blühenden Schleichhandels, der wachsenden Reaktion auf politischem Gebiet magt auch der phantasiereichste Regierungssozialist nicht, vom unbedenklichen Kriegssozialismus zu reden.

Wenn auch die allzu törichte Illusion vom Kriegssozialismus aus der Doffentlichkeit verschwunden ist, der regierungsozialistische Glaube an die hohe Mission des Staates ist bis auf den heutigen Tag geblieben. Trotz aller herben Enttäuschungen halten die um Scheidemann an ihrer Politik der Staatsgläubigkeit fest, fahren sie fort, sich beständig der Einbildungen über den Gegenwartsstaat zu konstruieren.

Ein schöner Beleg für diese fromme Staatsgläubigkeit einer sich sozialistisch nennenden Partei ist auch die Schrift „Monopollfrage und Arbeiterklasse“, drei Abhandlungen von Heinrich Cunow, Otto Hue und Max Schippel, mit einem Nachwort versehen von Wilhelm Jansson (Berlin 1917, Verlag Buchhandlung Vorwärts, 256 S., Preis 5 Mt.). Mit zahlreichen Einzelheiten der Schrift wird jeder Sozialdemokrat sich einverstanden erklären können. So mit der allgemeinen Darstellung Heinrich Cunows über die Entwicklung der Kartelle, die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Fusionen und Trusts; weiter mit vielen Punkten der Abhandlung Otto Hues, während Schippel und Jansson unverkennbar die Arbeiterpolitik der Generalkommission der Gewerkschaften verfechten.

Freilich, auch die Konsequenzen Cunows laufen lediglich auf die staatssozialistischen Prinzipien des selbigen Adolf Wagner hinaus. Vom staatssozialistischen Ge-

**Parteigenossen!**  
**Werbet für die Unabhängige**  
**Sozialdemokratische Partei**  
**Deutschlands!**

sichtspunkte sind andere Schlussfolgerungen auch nicht möglich, denn Wagner hat in der Tat alles gesagt, was zu der Frage zu sagen ist.

Hue tritt mit aller Schärfe für die restlose Verstaatlichung des Bergbaues ein. Interessant und wichtig ist dabei die besondere Feststellung, daß für den Fall der Einführung des Staatsmonopols von einer Abfindung an die Unternehmer nicht die Rede sein kann. Gerade dieser Punkt spielte bei der Erörterung künftiger Staatsmonopole eine bedeutende Rolle. Für den Bergbau fällt auf Grund des geltenden Bergrechts, wonach den Besitzern die Ausbeutung der natürlichen Bodenschätze von Staat nur zeitweilig übertragen ist, dieses Hindernis noch vornherein weg; es würde sich also für diesen bedeutenden Wirtschaftszweig einfach darum handeln, den bisherigen Privatbetrieb in Staatsbetrieb zu verwandeln. Hue untersucht weiter die Rentabilität des Privat- und Staatsbetriebes und kommt zu der Folgerung, daß letzterer dem ersteren keineswegs nachsteht. Die Argumente, welche noch für die Notwendigkeit der Verstaatlichung unter der Bedingung der Nichtentschädigung des Unternehmertums ins Feld geführt werden, sind beweiskräftig und überzeugend; jeder Sozialdemokrat wird sie unterschreiben können. Im ganzen ist der Beitrag von Hue der weitaus beste Teil des Buches.

Einseltig und im höchsten Grade tendenziös ist der „Parteiengeschichtliche Rückblick“ von Schippel. Er betrachtet es als seine Aufgabe, jene historischen Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie mit billigem Spott zu übergießen, die den staatssozialistischen Bestrebungen unter bestimmten Umständen kritisch und ablehnend gegenüberstanden. Das ist gewiß sehr verständlich, denn für „grundtätiges Verhalten“ und „grundtätiges Ablehnen“ haben die „Klugen Realpolitiker“ (richtiger: Illusionenpolitiker) heute weniger Verständnis denn je.

Wie geschmacklos und gänzlich unhistorisch ist es, heute ohne jeden Funken von Verständnis die prinzipielle Politik aus der Zeit der Sozialistenverfolgung, der Kera Bismarck, zu bespötteln. Es hätte damals allerdings schon die völlige sozialistische Grundlosigkeit und Blindheit des Regierungssozialismus dazu gehört, den Sozialistenfresser Bismarck noch mit besonderen ökonomischen Nachmitteln auszustatten. Wenn von der neudeutschen Reichsgründung bis um die Wende des Jahrhunderts die alte Partei dem Verstaatlichungsgedanken verneinend gegenüberstand, so hatte sie ihre guten und triftigen Gründe dafür; tatsächlich war unter den damaligen obwaltenden Verhältnissen nicht einzusehen, welcher politische und ökonomische Fortschritt damit hätte erreicht werden können.

Herr Schippel wähnt besonders geistreich und sozialistisch zu sein, wenn er die Wahlausfrage der Fraktion während des Sozialistengesetzes zitiert, worin sie sich scharf gegen den von Bismarck angestrebten Monopolismus und Fiskalismus wendet. Natürlich merkt Herr Schippel nicht, daß er sich mit diesen Zitaten selbst ohrfeigt, denn in einem einzigen der alten Wahlausfrage steht mehr sozialistischer und revolutionärer Geist als in allen regierungsozialistischen Presse- und Redeerzeugnissen zusammengenommen. Dem Regierungssozialismus, der heute mit Kritiklosigkeit für die allgemeine Staatswirtschaft wirbt, tut es dringend not, sich aus den vergilbten Dokumenten Geist und Gewissen zu schärfen. So heißt es in dem Fraktionswahlausfrage von 1884 bezüglich der Monopole:

„Wird die nationale Arbeit in großen sozialistischen Assoziationen auf Rechnung der Gesamtheit (des Staates) geleistet, so ist die Klasse der Unternehmer überflüssig, der nationale Reichtum kann gleichmäßig verteilt werden, und die furchtbare Kluft zwischen Arm und Reich ist ausgefüllt. Wir sagten, Produktion auf Rechnung des Staates — dies darf jedoch keine solche sein, daß der Staat die Privatunternehmer bloß beiseite schiebt, um selbst an ihre Stelle zu treten und die Arbeit auszubeuten, wie das beim Tabakmonopol beabsichtigt war und beim staatlichen Berg- und Hüttenbau und bei den Staatseisenbahnen geschieht. Das ist fiskalischer Betrieb, der himmelweit verschieden ist vom sozialistischen Betrieb im Interesse der Gesamtheit. Sozialismus ohne Demokratie wird Kasernen- und Polizeisozialismus; Demokratie ohne Sozialismus ist Manchesterium.“

Und auf dem Mainzer Parteitag 1900 bemerkt Schoenlant zu dem Problem: „Man solle in der jetzigen Zeit den Gedanken der Verstaatlichung von Betrieben und Einrichtungen nicht so stark betonen... Prinzipiell sind wir für Verstaatlichung, aber wir prüfen genau, unter welchen Bedingungen und Verhältnissen wir sie vornehmen.“ Daß grundsätzliche Vorbehalte dieser Art gegenüber dem bürgerlichen Klassenstaat auch heute noch geboten sind, versteht sich von selbst.

Indessen ist die Situation durch die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, durch die systematische privatkapitalistische Syndizierung, Kartellierung und Vertruftung fast aller Wirtschaftszweige wesentlich verändert worden. Die Lage war so, daß auch ohne die ungeheuren finanziellen Anforderungen des Krieges die Verstaatlichung bestimmter Industriezweige (Bergbau) zu fordern ist, allerdings „prüfen wir“, um nochmals Schoenlant sprechen zu lassen, „genau, unter welchen Bedingungen und Verhältnissen wir sie vornehmen“; denn die Kriegswirtschaft hat uns zur Genüge gelehrt, daß „Sozialismus ohne Demokratie Kasernen- und Polizeisozialismus, Demokratie ohne Sozialismus Manchesterium ist.“ Der Regierungssozialismus betrachtet aber solche grundsätzlichen Erwägungen als überwundenen Standpunkt — und wenn er auch durch die wirklichen Tatsachen zehnmal betrogen wird.

Das Nachwort von Jansson ist darauf angelegt, den regierungsozialistischen Drang nach Verstaatlichung mit allem Nachdruck zu verfechten. Er verfehlt einleitend nicht die scharfsinnige Bemerkung, daß die frühere ablehnende Haltung zu der Frage nur „mit allen Finessen der granen Theorie herausgearbeitet werden“ konnte. Auch ohne diesen zornigen Fuhtritt gegen die Theoretiker wäre es aufgefallen, daß Herr Jansson weder die sozialistische Theorie beherrscht noch über sozialistische Grundzüge verfügt. Er ist einer von jenen gewerkschaftlichen Rabullisten, die nicht einmal die elementarsten ökonomischen und soziologischen Begriffe auseinanderhalten können. So ist z. B. Verstaatlichung und Berggesellschaftung für ihn ein und daselbe; als ob Staat und Gesellschaft ausgerechnet in unsern Tagen der denkbar schärfsten Klassengegensätze eine Einheit darstellten. Wie armselig es um das sozialistische Denken Herrn Janssons bestellt ist, beweisen seine weiteren Ausführungen über das Wesen der Verstaatlichung:

„Soweit daher die Möglichkeit der Staatsmonopole gegeben ist, müssen wir für diese eintreten. Denn sie sind, wie wir schon dargelegt haben, nicht nur einträglich, sondern fiskalischer Standpunkt, nicht nur einträglich, sondern ein Sieg des sozialistischen Prinzips dar. Das Schlagwort vom „Staatskapitalismus“ darf uns nicht einschüchtern. Er ist der Ertrag der menschlichen Arbeit, den der Sozialismus dem Volksganzen zur Lösung seiner allgemeinen Aufgaben zuführen will. Wirtschaftspolitisch ist das Staatsmonopol deshalb ein sozialistisches Prinzip.“ Die Staatskapitalismus — die sozialistische Prinzipien! Herr Jansson spricht sogar von „sozialistischen Prinzipien!“ Nach seinem Rezept, sich nicht

on dem Schlagwort „Staatskapitalismus“ einschüchtern zu lassen, sind die preußischen Staatseisenbahnen und die Post verwirklichte sozialistische Prinzipien“. Ja, Herr Jansson ist voll des regierungsozialistischen Geistes!

Es wäre für die „Unabhängige Sozialdemokratie“ leichtfertig, all diese Dinge kritisch in die Welt gehen zu lassen. Man muß sich doch darüber klar sein, welche konkreten Ursachen der Ruf nach der Verstaatlichung hat. Für die gewerkschaftliche Bürokratie kommt vor allem andern in Betracht, daß sie eine große grundsätzliche Auseinandersetzung mit der kartellierten und vertrauten Industrie fürchtet und deshalb nach und nach den Staat als den einzigen Unternehmer sehen möchte; Staats- und Gewerkschaftsbürokratie würden dann schon zusammen ausnobeln, was der Arbeiterklasse frommt. Doch das nur nebenbei. Viel wichtiger ist die andere Triebkraft, die uns den Staatssozialismus bringen soll: Die Verzinsung und Tilgung der ungeheuren Schuldenlast, die uns der Weltkrieg beschert hat. Es handelt sich darum, die Finanzwirtschaft auf eine solide Basis zu stellen, die eine möglichst glatte Verzinsung und Abtragung der Schuld gewährleistet. Durch Steuern ist diese riesengroße Aufgabe nicht zu bewältigen. Also muß die Produktion verstaatlicht werden, muß das schaffende Volk, das Proletariat Generationen hindurch spenden, daß den Kriegsanleihezeichnern, vorwiegend also der Kapitalistenklasse, der Zins und das Kapital werde. So etwas nennt sich dann Verwirklichung sozialistischer Prinzipien!

Die Arbeiterklasse hat jedenfalls absolut kein Interesse, dem in allen Ecken krachenden Staat auch nur um eine Sekunde das Dasein zu verlängern und auf ihre Schultern die Abarbeitung einer Schuld zu nehmen, für die allein ein wahnwitziges Gesellschaftssystem verantwortlich ist. Es müssen nicht unbedingt Staatsmonopole geschaffen werden, um dem Sozialismus und der Arbeiterbewegung zu dienen — es muß und wird kürzere Wege und bessere Methoden geben, um die großen Probleme der nächsten Zukunft zu lösen!

F. P.

## Die Organisation der Volkswirtschaft in der Sowjet-Republic.

Im „Westnik“ des Volkskommissariats für Handel und Industrie ist ein Artikel Bronshts veröffentlicht worden, in dem der Verfasser unter anderem die Geschichte der Entstehung der Sowjets für die Volkswirtschaft in Rußland kurz berührt.

Es heißt da: Der Übergang von der Form des Wirtschaftslebens aus der Zeit der Bourgeois-Wirtschaft zur Regulierung des ökonomischen Lebens durch die proletarische Regierung erfordert die Notwendigkeit einer völligen Auflösung jener Institutionen, die sich „angeblich“ mit der Regulierung des Wirtschaftslebens befassen. Wir sagen „angeblich“, denn in Wirklichkeit kann von irgend einer bewußten Regulierung des Wirtschaftslebens durch die Organe der bourgeois-aristokratischen Regierung nicht gesprochen werden. In Wirklichkeit hat es ein Organ, das das Wirtschaftsleben in der Bourgeois-Gesellschaft reguliert hat, nicht gegeben; es konnte auch keins geben, denn es wäre ein Widerspruch in diesem Begriffe der kapitalistischen Wirtschaft selbst, eine *contradictio in adjecto*.

Nach der Oktober-Umwälzung mußten die Organe für die Wiedergeburt des wirtschaftlichen Organismus des Landes gebildet werden: die Sowjets der Volkswirtschaft.

Die Entstehungs-Geschichte dieser Sowjets ist sehr eigenartig. Der zukünftige Geschichtsschreiber der russischen Revolution, der sich speziell mit der Entstehung dieser eigenartigen Organisation der proletarischen Verwaltung des Volkswirtschaftslebens befassen wird, wird auf die Vielfältigkeit dieser in Wahrheit revolutionären Schöpfung der Massen stoßen. Unter dem elementaren Druck der Notwendigkeit mußten die örtlichen Organisationen, ob es ökonomische Abteilungen der örtlichen Sowjets oder örtliche Kommissare für Handel und Industrie oder andere Arbeiter und professionelle Organisationen waren, die faktische Leitung und Regulierung des örtlichen Wirtschaftslebens auf sich nehmen. Diesen ortseingefessenen Leuten lag es ob, die schwierigsten Fragen des Wirtschaftslebens selbständig zu behandeln; was sie dazu mitbrachten, war das Bewußtsein der Klasseninteressen, der Klassen-Solidarität und das unbegrenzte Verantwortlichkeitsgefühl für die Integrität und das Wohl des ganzen Wirtschafts-Organismus des Landes. Als die Bergwerksbesitzer und Fabrikanten keine entsprechenden Gewinne aus ihren Betrieben erwarteten und diese deshalb ihrem Schicksal überließen, ohne die Folgen ihres Tuns gerade in der Zeit des brennendsten Warenmangels und der daraus erwachsenden unbegrenzten Spekulation zu berücksichtigen, da nahmen diese Arbeiter-Organisationen, diese selbstgewählten Kommissare, die Wirtschafts-Sowjets, und die zuletzt gebildeten örtlichen und Bezirks-Sowjets für Volkswirtschaft die Sorge für die Arbeiter dieser Betriebe auf sich, indem sie die schwere Verantwortlichkeit vor den Arbeitermassen für die regelrechte Auszahlung der Gewinne, die Verantwortlichkeit für das Leben der Arbeiterfamilien auf sich luden.

Es ist wahr, nicht überall und nicht immer wurde dieses verständig genug begonnen, nicht immer und überall standen an der Spitze dieser Organisationen entsprechend vorbereitete Menschen, nicht immer und nicht überall war das Wohl des Landes, die Klassen-Soli-

darität das höchste Gesetz für die Tätigkeit der fraglichen Organisationen.

Die Arbeiterklasse kann nur aus einer langen Erfahrung heraus die Lehren für eine Verwaltung des Landes schöpfen, und nur aus der Praxis, aus der Erfahrung weiterlernen.

Der erste Kongreß der Sowjets für Volkswirtschaft mußte das Fazit dieser mehr als halbjährigen selbstgewollten und unabhängigen Arbeit der einzelnen Organisationen dartun. Die Tätigkeit der örtlichen Sowjets mußte in einem gemeinsamen Rahmen, ihre Wirtschaftspolitik in ein gemeinsames Beden geleitet werden.

Der Übergang der Gewalt an die Sowjets bedeutete faktisch auch die Übernahme der Pflichten auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens durch die Sowjets. Die Gewerbe- und Handelspolitik, die Finanzmaßnahmen, die Beziehungen zu den Banken, die Fragen des Arbeiter-Schutzes und in den Grenzgebieten die Fragen des Warenaustausches — all dies war ganz auf die Schultern der örtlichen Sowjet-Gewalt gelegt, die keine Anweisungen, keine „Instruktionen“ von einer Zentralgewalt abwarten konnte. Es mußte gehandelt werden — im Einklang mit den gegebenen örtlichen Bedürfnissen und ohne eine Sekunde lang die Klassen-Solidarität und die wirtschaftlichen Nöte des ganzen Landes zu vergessen.

Man kann nun mit Bestimmtheit behaupten, daß die Volkswirtschafts-Sowjets ungeachtet der ihnen zugefallenen kolossalen Aufgaben sehr auf dem richtigen Wege sind, das große Sowjet-Rußland zur vollen Wiedergeburt seines ganzen ungeheuren Wirtschaftslebens zu führen.

## Lenin über die organisatorische Aufbauarbeit des Proletariats und die Aufgaben der Presse.

Lenin ist soweit wiederhergestellt, daß er an der letzten Sitzung des Zentralkomitees der Bolschewiki wieder teilnehmen konnte. Sogleich hat er auch seine geistige Arbeit dafür wieder aufgenommen, daß die Hauptkraft des Proletariats auf das positive Schaffen am Bau des neuen Gesellschaftskörpers gerichtet sein müsse. In der „Pravda“ vom 20. September schreibt er (wie zitiert nach der J. R.) über die bolschewistische Presse:

Es wird übermäßig viel Raum der politischen Agitation nach alten Stoffen dem politischen Feuerwerk gewidmet. Unverhältnismäßig wenig Raum steht für den Wiederaufbau des neuen Lebens, den diesbezüglichen Tatsachen und immer wieder den Tatsachen zur Verfügung.

Warum kann man nicht mit 10–20 Zeilen so einfache, allgemein bekannte, klare, von den Massen bereits in hohem Maße richtig erfasste Erscheinungen abtun wie den niedrigen Verrat der Menschewiki, der Palaien der Bourgeoisie, wie die englisch-japanische Offensive zur Wiederherstellung der gehülligten Rechte des Kapitals, das Fährnestschen der amerikanischen Milliardäre gegen Deutschland usw., statt sich auf 200–400 Zeilen mit diesen Dingen zu befassen? Gesprochen hierüber muß werden, jede neue Tatsache auf diesem Gebiet muß vermerkt werden, aber es brauchen hierüber keine Artikel, keine langatmigen Darlegungen und Wiederholungen gebracht werden. Es genügt, den neuen Äußerungen der alten, bereits bekannten und gefennzeichneten Politik wenige Zeilen im Depeschentil zu widmen.

Die bürgerliche Presse hat „in der guten, alten Zeit“ das Allerheiligste, die inneren Verhältnisse in den Privatbetrieben und Privatwirtschaften nicht berührt. Dies entsprach den Interessen der Bourgeoisie. Wir müssen uns von solchen Gepflogenheiten radikal freimachen. Der Typus unserer Zeitungen hat sich noch nicht so geändert, wie dies in einer Gesellschaft, die vom Kapitalismus zum Sozialismus übergeht, der Fall sein dürfte.

Weniger Politik! Die Politik ist völlig „geklärt“. Sie läuft auf den Kampf zwischen zwei Lagern hinaus: dem aufständischen Proletariat und einem Häuflein kapitalistischer Sklavenhalter und ihrer Reute, einschließlich der Menschewiki und Sozialisten-Revolutionäre. Ueber diese Politik kann und muß man, wie ich wiederhole, sprechen, aber nur ganz kurz.

Mehr Dekonomie! Aber Dekonomie, nicht im Sinne „allgemeiner“ Redensarten, gelehrter Uebersichten, intellektueller Pläne und ähnlichen Gewächses, das — leider — nur allzuoft Gewäsch ist. Nein, wir bedürfen der Dekonomie im Sinne der Sichtung, der eingehenden Kontrolle und des Studiums der Tatsachen des wirklichen Aufbaues eines neuen Lebens. Haben die großen Fabriken, landwirtschaftlichen Kommunen, die Komitees für die Armen, die örtlichen Volkswirtschaftsräte auch in Wirklichkeit Erfolge zu verzeichnen beim Aufbau des neuen Wirtschaftslebens? Welches sind die Erfolge? Sind sie erwiesen? Handelt es sich da vielleicht um Fabeln, Wichtigkeitserei, intellektuelle Versprechungen („kommt in Gang“, „der Entwurf ist fertig“, „wir machen alle Anstrengungen“, „nunmehr garantieren wir“, „eine Besserung ist zweifellos zu verzeichnen“ und andere mehr marxistische Phrasen, die „wir“ so meisterlich zu handhaben verstehen)? Wodurch sind die Erfolge erzielt? Wie könnte man sie erweitern?

Wo bleibt das schwarze Brett der rückständigen Fabriken, die nach der Nationalisierung ein Muster von Unordnung, Zerfall, Schmutz, Hoilgantum und Nichtstuerel geblieben sind? Es fehlt. Solche Fabriken sind aber vorhanden. Wir sind aber unfähig, unsere Pflicht zu erfüllen, wenn wir diesen „Beschützern der kapitalistischen Traditionen nicht den Krieg erklären. Wir sind keine Kommunisten, sondern Lumpensammler, solange wir schweigend solche Fabriken dulden. Wir ver-

stehen es nicht, den Klassenkampf in unseren Zeitungen so zu führen, wie dies die Bourgeoisie getan hat. Denket daran, wie sie in der Presse gegen ihre Klassenfeinde gebohrt hat, wie sie sie verhöhrt, geschmäht, ihnen das Leben unerträglich gemacht hat. Wir dagegen? Besteht denn der Klassenkampf in der Uebergangsepoche vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht im Schutze der Interessen der Arbeiterklasse, gegen jene Gruppchen und Arbeiterhöfen, die hartnäckig an den Traditionen des Kapitalismus festhalten und deren Stellungnahme gegenüber dem Staat der Räteregierung wie früher nach dem Gesichtspunkt erfolgt: „für ihn“ (den Staat) recht wenig und recht schlechte Arbeit zu liefern und ihm möglichst viel Geld abnehmen. Ist denn die Zahl solcher Lumpen, beispielsweise unter den Sehern der Rätebureaus, unter den Arbeitern der Stornowa- und Putikow-Werke u. a. m. gering? Wieviele von ihnen haben wir abgefesht, wieviele überführt, wieviele an den Pranger gestellt!

Die Presse schweigt hierüber. Und wenn sie schreibt, so tut sie es in der Art von amtlichen Verlautbarungen, nach Beamtenmanier und nicht, wie es einer revolutionären Presse, wie es eines Organs der Klassen-diktatur würdig ist, die durch ihre Taten den Beweis erbringt, daß der Widerstand der Kapitalisten und der die kapitalistischen Gewohnheiten hütenden Nichtstuer mit eiserner Faust gebrochen werden wird.

Das gleiche gilt vom Kriege. Stellen wir feige Heerführer und Schlafmützen an den Pranger, brandmarken wir von ganz Rußland unfähige Regimenter? Haben wir eine genügende Anzahl schlechter Beispiele „abgefesht“, die wegen Unfähigkeit, Interesselosigkeit, Verzögerung usw. unter dem größten Lärm aus dem Heere gestossen werden müßten? Bei uns fehlt es an sachlichem, rücksichtslosem, wahrhaft revolutionärem Kampf gegen die konkreten Träger des Übels. Bei uns mangelt es an der Erziehung der Massen an lebendigen, konkreten Beispielen und Mustern auf allen Gebieten des Lebens. Dies ist aber die Hauptaufgabe der Presse in der Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Kommunismus. Wir schenken zu wenig Aufmerksamkeit dem Alltagsleben im Innern der Fabrik, des Dorfes, des Heeres, wo der größte Neuanbau erfolgt, wo die größte Aufmerksamkeit, die größte Deffektivität, gesellschaftliche Kritik, Brandmarkung des Schlechten und Appell, am Guten ein Beispiel zu nehmen, vonnöten sind.

Weniger politisches Feuerwerk. Weniger intellektuelle Darlegungen. Näher heran ans Leben. Mehr Aufmerksamkeit für das, wie die Arbeiter- und Bauernmasse durch die Tat Neues in ihrer alltäglichen Arbeit schafft. Mehr Kontrolle darüber, inwieweit dieses Neue kommunistisch ist.

## Gewerkschaftliche Treue.

Der „Schiffszimmerer“, die Zeitschrift des gewerkschaftlichen Verbandes der Schiffszimmerer, schreibt unterm 21. September 1918 im Lese eines Sonntagsnachmittagspredigers:

„Gerade im germanischen Charakter ist die Treue der hervorragendste Zug, und die Treulosigkeit, die Falschheit, galt als die größte Nichtswürdigkeit, der sich ein Mensch schuldig machen konnte. Darum empfinden wir noch heute den Treubruch als etwas überaus Schändliches und Menschenunwürdiges; aber einen Menschen, der unter allen Umständen, allen Hindernissen zum Trotz, sich selbst und den Seinen die Treue wahr, achten wir hoch. Wohin sollte die Menschheit denn auch kommen, wenn die Treue aus der Welt geschwunden wäre und der eine Mensch sich nicht mehr auf den andern verlassen könnte? Die menschliche Gesellschaft müßte auseinanderfallen und sich in Atome auflösen. Wo das Versprechen nicht mehr heilig gehalten wird, ist kein harmonisches Zusammenleben und Zusammenwirken mehr möglich, die Menschheit sinkt in den alten Raubtierzustand zurück. Für den um eine bessere Lebenshaltung kämpfenden Proletariat ist die gewerkschaftliche Treue, das treue Festhalten an der selbstgeschaffenen Organisation, eine unbedingte Notwendigkeit, und wer die Pflicht gegen seine Gewerkschaft erfüllt, verdient den Ehrenittel eines klassenbewußten Proletariats.“

Also: Treue der Organisation gegenüber! Es steht den Gewerkschaftsführern allerdings merkwürdig an, über Treue zu reden, nachdem sie während des Krieges ihren Idealen untreu geworden sind und ihre Ueberzeugung abgelegt haben, wie man ein schmutziges Hemd wechselt.

Ein sonderbares Zeichen gewerkschaftlicher Treue bietet die „Fachszeitung für Schneider“ in Nr. 37 vom 14. September 1918. Der Redakteur dieses Blattes, Herr Sabath, ist gleichzeitig Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften und als solcher ein eifriger Befürworter des verächtlichen „Volksbundes für Freiheit und Vaterland“. Der Verbandsstag der Schneider wird sich nun demnächst mit diesem Volksbund beschäftigen. Da schreibt die erwähnte „Fachszeitung“:

„Man macht von dieser Sache viel zu viel Aufhebens, man stempelt sie zu einer Prinzipienfrage, die sie wirklich nicht ist. Der Bund, der gedacht war, als ein festgefühtes Bollwerk gegen die reaktionären Machenschaften der alldeutschen Annerkonnisten, hat wahrhaftig seinen Verzicht verfehlt. Er kam nicht über seine ersten Taktversuche hinaus, fürte mehr eine verächtliche Kriese; von seinem Wirken ist in der Deffektivität herlich wenig zu verspüren und wird er voraussichtlich in absehbarer Zeit gänzlich aus der Reihe der Lebenden verschwinden. Wir weinen ihm wahrlich keine Träne nach. Wir meinen nur, daß es müßige Zeitver-

Schwendung wäre und wir wichtigeres zu tun haben, als uns vielleicht tagelang mit diesem politischen Lechnam zu beschäftigen."

So, so! In der Generalkommission der Gewerkschaften schätzt man den "Vollbund" als eine dringende politische Notwendigkeit; wollen aber die Gewerkschaftsmitglieder dazu Stellung nehmen, dann ist es "Zeitverschwendung". Herr Sabath scheint geradezu das Muster eines Gewerkschaftsschiebers zu sein.

### Aus der Zeit.

**Gegen Verabungen.** Die "Badische Landeszeitung" läßt sich aus Berlin melden: Zu der in letzter Zeit häufig in Erscheinung getretenen Unsicherheit auf der Bahn, wo bereits Fälle vorgekommen sind, in denen Güterzüge auf offener Strecke angehalten und beraubt wurden und das Bahnpersonal durch Schüsse eingeschüchtert wurde, meldet die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung", daß Gegenmaßnahmen getroffen sind. Die Bahnbewachung wird wesentlich durch militärische Patrouillen verstärkt werden. Sollten die stellvertretenden Generalkommandos wegen der Erfahrungslosigkeit hierfür keine Mannschaften zur Verfügung haben, so ist die Anstellung von bewaffneten Hilfsdienstpflichtigen angeordnet worden; ferner ist die Bewaffnung des männlichen Zugbegleitungs-personals mit Revolvern vorgegeben worden, damit das Personal in der Lage ist, sich selbst zu verteidigen. Für die Ermittlung der Räuber werden hohe Belohnungen ausgesetzt werden. Zu ihrer Ergreifung wird man auch Spürhunde benutzen.

### Aus dem Geistesjahre des Sozialismus.

Wenn es ein Mittel gibt, uns das Vertrauen aller ehrlichen Elemente in den Massen zu rauben, uns die Mißachtung aller kampffähigen und kampflustigen Proletarierschichten zuzuziehen, unseren Aufstieg zu hemmen, dann besteht es in der Teilnahme der Sozialdemokratie an einer Blockpolitik.

Gedeihen würden dabei nur jene Elemente, denen unsere Partei nichts ist als die Leiter, um persönlich höher zu kommen, die Streber und Kletterjäger. Je weniger solcher Elemente wir an uns ziehen, je mehr wir davon abstoßen, desto besser für unseren Kampf."

K. Kautsky:

"Der Weg zur Macht" (Berlin 1910).

### Karl Marx über den deutschen Imperialismus.

Aus einem Briefe an Kugelmann vom 13. Dezember 1870.

"Es scheint, daß man nicht nur den Bonaparte, seine Generale und seine Armee in Deutschland eingefangen, sondern mit ihm auch den ganzen Imperialismus mit allen seinen Gebrechen im Land der Eichen und der Linden akklimatisiert hat.

Was den deutschen Bourgeois betrifft, so verwundert mich seine Eroberungsbefohlenheit in keiner Weise. Erstens ist die Accaparation (Zusammenraffen) das Lebensprinzip aller Bourgeoisie, und fremde Provinzen nehmen, ist immer "nehmen". Außerdem hat der deutsche Bürger sozial Furcht vor seinen Landesvätern... ergebenst akzeptiert, daß es für ihn ein wahrer Genug sein muß, wenn dieselben Furcht zur Abwechslung einmal auch dem Fremdling appliziert werden.

Jedenfalls hat uns dieser Krieg von den "bürgerlichen Republikanern" befreit. Er hat dieser Sippe ein Ende mit Schreden gemacht. Und das ist ein bedeutendes Resultat. Er hat unseren Professoren die beste Gelegenheit gegeben, sich vor aller Welt als servile Pedanten zu blamieren. Die Verhältnisse, die er in seinem Gefolge führt, werden die beste Propaganda für unsere Prinzipien machen."

"Neue Zeit", XX. Jahrg., 2. Bd.

### Arbeiter-Bildungsschule.

Die Arbeiterbildungsschule beginnt ihre Lehrtätigkeit am Sonntag, den 6. Oktober.

An Kursen, die je zehn Abende umfassen, werden in der Zeit vom Oktober bis Dezember 1918 abgehalten:

1. Genosse Otto Jensen hält einen zehn Abende umfassenden Kursus über das Thema: "Die wirtschaftlichen Wurzeln des Weltkrieges". Dieser Kursus beginnt Montag, den 7. Oktober.

2. Ein Kursus, der die Geschichte der Internationale während des Weltkrieges behandeln wird. Vortragender ist Genosse Emil Eichhorn. Der Kursus beginnt Dienstag, den 8. Oktober.

3. Ein besonders für Jugendliche bestimmter Kursus, der eine Einführung in die Volkswirtschaft geben soll. Vortragende ist Genossin Mathilde Wurm. Beginn: Donnerstag, den 10. Oktober.

4. Ein Kursus über das Thema: "Rußland vom Jahre 1905 bis zum Jahre 1918". Vortragender ist Genosse Ernst Däumig. Der Kursus beginnt Freitag, den 11. Oktober.

Die Kurse beginnen alle pünktlich um 8 1/2 Uhr abends und enden gegen 10 Uhr. Das Hörgeld beträgt 1 Mark. Für die Jugendlichen, die sich als Mitglieder der Freien Jugend Groß-Berlins legitimieren, beträgt das Hörgeld 50 Pf.

Neben diesen Wochenkursen sind noch folgende Sonntagsveranstaltungen vorgesehen:

1. Ein literarischer Vortragszyklus, der 4 Abende umfassen und das Thema: "Der moderne Roman" behandeln wird. Vortragender ist der Genosse Emil Eichhorn. Jeder Vortrag wird in sich abgeschlossen sein. Das Eintrittsgeld beträgt 20 Pfennig für den Abend. Diese Vorträge finden statt am 6., 13., 20. und 27. Oktober. Beginn abends 8 Uhr.

Die Berliner Genossinnen und Genossen werden eruchtet, auch in diesem Kriegswinter von den künstlerischen und wissenschaftlichen Veranstaltungen der Arbeiter-Bildungsschule regen Gebrauch zu machen und für einen guten Besuch zu sorgen. Jedes Mitglied unserer Organisation muß es für eine Ehrenpflicht erachten, das Bildungsinstitut der Berliner Arbeiterschaft in den Stürmen der Kriegszeit aufrecht zu erhalten und damit dem wissenschaftlichen Sozialismus, dank der eigenen Kraft der Arbeiterschaft, in der Reichshauptstadt eine Stätte zu sichern.

### Aus den Organisationen.

**Tempelhof, Mariendorf, Mariensfeld.** Gemeinschaftlicher Jahlabend Mittwoch, den 9. Oktober, bei Benschel, Mariendorf, Chausseestraße 27.

Der Vorstand.

**Mariendorf, Tempelhof.** Ein gemeinschaftlicher Jahlabend beider Orte findet am 9. Oktober, abends 8 Uhr, bei Benschel, Chausseestraße statt. Referat Genossin Wurm. Alle Genossinnen und Genossen müssen erscheinen.

**Treptow-Baumshulweg.** Donnerstag, den 10. Oktober: Jahlabend für beide Ortsteile bei Kubat, Treptow, Parkstraße 2.

**Stralau.** Der gemeinsame Jahlabend findet am 9. Oktober 1918, abends 8 1/2 Uhr bei Franz Schulz, Marktgrasendamm 6, statt und erwartet allseitigen Besuch. Die Bezirksleitung.

**Spandau.** Jahlabend, Mittwoch, den 9. Oktober, abends 8 Uhr, bei Abraham, Streitstr. 74.

Der Vorstand.

**Weißensee.** Eine Schulentlassungsfeier findet am Sonntag, den 13. Oktober im Restaurant von Raab, Sebanstr. 46 statt. Die Feier besteht aus Festvortrag, Harmoniumspiel, Gesang und Rezitation. Alle Burschen und Mädels, die jetzt aus der Schule entlassen werden, deren Eltern und alle Jugendfreunde sind freundschaftlich eingeladen. Beginn 4 Uhr nachmittags. Eintritt 0,20 Mk.

### Vereins-Veranstaltungen.

#### Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 6. Oktober, vorm. 10 1/2 Uhr, Al. Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. Conrad Schmidt: Werturteile. — Gäste willkommen. Nächste Kindervorlesung am 13. Oktober.

#### Literarisches.

**Sozialistische Auslandspolitik.** (Herausgegeben von Dr. Rud. Breitscheid, unter ständiger Mitwirkung von E. Bernstein, S. Bloch, S. Haase, K. Kautsky, S. Ströbel, u. a. Erscheint wöchentlich einmal.)

Die soeben erschienene Nr. 40 enthält u. a.: Vision. — Was will Wilson? (III) Von K. Kautsky. — Zeitgemäße Wandlungen. Von Otto Herrmann. — Zur Kolonisation in Rußland. Von S. D. W.

Die Sozialistische Auslandspolitik kann direkt vom Verlag (Berlin W. 15, Fasanenstr. 58) wie auch durch die Parteibuchhandlungen, die Organisationen und durch die Post bezogen werden. (Postzeitungskasse Nachtrag Nr. 8.) Preis für Deutschland und Oesterreich-Ungarn vierteljährlich vier Mark, für das übrige Ausland fünf Mark.

#### Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten, den Mietern des Hauses Gotlandstr. 8, den Kolleginnen und Kollegen der Firma Schwarzloppf (Schmashinenbau), den Genossinnen und Genossen des Bezirks 567 und 568 vom 6. Kreis, Mt. 6, insbesondere dem Genossen Stadtverordneten Herrn Leid für seine trostreichen Worte am Sarge meinen tiefgefühltesten Dank. Frau Wwe. Anna Niemer, Gotlandstr. 8, 3 Tr.

### Quittung.

Für die Reichstagswahl in Berlin 1: 6 Mk. Rheinschiffahrt 5 Mk. für Unterstützungszwecke.

Der Kasse des 4. Kreises wurden zugeführt: Reichmann 20,—, Jurie 2,—, Liebe 1,30, Skappe 1,30, Altmile 3,—, Kerktut 1,30, Holzfaller 15,—, Kauer 3,—, Schünemann 2,60, Schünemann 3,—, Friedrich 1,30, Reinhardt 1,30, Schmieden 5,—, Thiel 1,30, Spahier 2,60, Haub 1,30, John 3,—, Senfleben 8,—, S. Hoffmann 1,30, Dreife 1,30, Midley 5,—, Drasdo 2,—, Rehfeld 1,50, Bern 25,—, Wallzins 5,—, Wittenberg 1,50, Spahier 3,—, Hamt 1,50, P. Schneider 5,40, Dehring 1,50, L. P. durch A. F. für Bonbus 5,—, Aug. Schmidt 1,50, Dreifcher 4,50, Abt 6 15,—, Herpl. 1,30, Wolf 1,30, Steptan 1,30, Meißner 1,30, Wegler 1,30, Bilski 1,30, Rufftroph 1,30, Bierfreund 1,30, Krause 5,—, Reil 1,30, Stolle 1,30, Ränisch 1,30, Sommerfeld 4,—, Wollermann 2,60, Lippmann 3,90, Driefener 1,50 Mk. S. Varenthin, Königsbergerstr. 27, I. Stfl. 1.

### Sigmöbel

gibt der Ortsverein Neukölln der U. S. P. D. an seine Mitglieder ab. Meldungen per Karte an das Sekretariat, Neckarstr. 3, bis 11. Oktober. Der Vorstand.

Unserem langjährigen Genossen **Louis Bülow nebst Gemahlin** zur silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche. **Wahlverein Friedenau.** Der Vorstand.

Unserem Genossen **Gerhard Lesebek nebst Frau** die herzlichsten Glückwünsche zur Silber-Hochzeit. Die Funktionäre der 35. Abteilung des 4. Kreises.

Ganz unerwartet erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser einziger Sohn **Wilhelm Langner** am 29. 9. infolge schwerer Erkrankung, 14 Tage vor Vollendung des 21. Lebensjahres, im Feldlazarett verstorben ist. Dies zeigt hiernüt allen Freunden und Bekannten mit der Bitte um stille Teilnahme an **Carl Langner nebst Frau,** Reichenberger Str. 115a.

**Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!** **2. Wahlkreis.** Am 27. Mai d. J. fiel unser lieber Genosse, der Bezirksführer **Alfred Hanisch** Urbanstr. 70, Bez. 129. **Ehre seinem Andenken!**

**Nachruf.** **4. Wahlkreis.** Am 21. August verstarb unser Genosse, der Klempner **Fritz Weidel** Reichenberger Straße 101, Bezirk 206 II. **Wahlverein Neukölln.** Am Herzschlag verstarb am 25. September unser Mitglied, der Genosse **Arthur Harry** 21. Bez. in Belgien als Kraftfahrer. **Ehre ihrem Andenken!**

## Wähler-Versammlungen

finden statt:

**Montag, den 7. Oktober 1918, abends 8 Uhr, im großen Saale der „Germania-Prachtsäle“, Chausseestraße 110.**

Referenten: Reichstagsabgeordneter **Georg Ledebour** und Reichstagskandidat Metallarbeiter **Richard Müller.**

**Freitag, den 11. Oktober 1918, abends 8 Uhr, im großen Saale der „Kronen-Brauerei“ (Alt-Moabit Stadtheater), Alt-Moabit 47/48.** Referenten: Reichstagsabgeordneter **Ewald Vogther** und Reichstagskandidat Metallarbeiter **Richard Müller.**

**Montag, den 14. Oktober 1918, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Lehrer-Vereinshauses“, Alexanderstraße 41.** Referenten: Reichstagsabgeordneter **Hugo Haase** und Reichstagskandidat Metallarbeiter **Richard Müller.**

**In allen Versammlungen freie Diskussion.**

**Adolph Hoffmann, Blumenstraße 22.**

# Zur Reichstags-Erloßwahl im 1. Wahlkreise.

Der Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei Herr Justizrat Kempner erfährt im eigenen Lager auch ferner noch weitere Anfechtungen. Eine Gruppe Liberale hat unter Führung von Dr. Bresin gegen Herrn Kempner ein Flugblatt herausgegeben, in dem der offizielle Kandidat als ein Verfechter der Hausbesitzerinteressen hingestellt wird.

Der Herr Justizrat hat in einer Wahlversammlung so eine Art Programmrede gehalten, er hat dargelegt: Es sei bedauerlich, daß sich innerhalb der Fortschrittlichen Volkspartei eine Gruppe abgezweigt habe, die unter Führung des Dr. Bresin ihm in einem Flugblatte vorwerfe, er sei ein ausgesprochener Vertreter der einseitigen Hausbesitzerinteressen. Hiergegen habe er sich nun schon in früheren Versammlungen verteidigt, und er tue es auch heute wieder. Etwas ausführlicher müsse er sich befassen mit den Anschuldigungen, die der Kandidat der sozialdemokratischen Partei, Heiman, in öffentlicher Wählerversammlung gegen ihn erhoben habe. Dieser habe ihm untersuchen, daß er sich bisher nicht aufrichtig für einen Verständigungsfrieden erklärt habe und politisch ein unbeschriebenes Blatt sei. Demgegenüber stelle er fest, daß er in einer Kandidatenrede bekannt habe: „Ich bin für einen Verteidigungskrieg und dabei der Ansicht, daß wir nicht unterzukriegen sind. Aber ich bin für einen Verständigungsfrieden, selbst wenn unsere militärischen Erfolge noch so groß sein sollten. Kriegsschädigungen als Ersatz für die Untopfer unserer Väter, Brüder und Söhne lehne ich ab.“ Daneben habe ich wiederholt bekannt, daß ich für eine gleichmäßige Abrüstung zu Land und zur See ebenso einträte wie für die Gleichstellung aller Kriegsteilnehmer hinsichtlich der politischen Rechte, namentlich des gleichen Wahlrechts. Man sieht auf der Gegenseite in mir einen Vertreter des Kapitalismus, weil ich die möglichst schnelle Beseitigung der Zwangswirtschaft befürworte. Dabei wird übersehen, daß in den Kriegsgesellschaften als führende Männer ja besonders Leute der obersten Gesellschaftsschichten und des Großkapitals sthen, während die kleineren Geschäftsleute ihre Geschäfte schließen müssen. Gerade im Interesse dieser Schichten liegt ein beschleunigter Abbau der Kriegswirtschaft. Der Kaufmann und sonstige Geschäftsmann kennt die Kundschaft und die Handelskanäle für die Ein- und Ausfuhr besser als die Bürokratie, die in den Kriegsgesellschaften vorherrscht. Ich bin auch für Herbeiführung eines Vertrauensverhältnisses zwischen Arbeitgebern und -nehmern nach dem Kriege, sowie für eine bessere Gestaltung der Beamten- und Angestelltenverhältnisse, was als Vorbedingung für ein freundliches Verhältnis zwischen ihnen und ihren Arbeitgebern gilt. Der mir gemachte Vorwurf, ich stehe in

enger Beziehung zu den Großbanken, ist verfehlt, da ich mir trotz dieser Stellung den weiten Blick für das Gesamtwohl bewahrt habe. Den Traditionen der Fortschrittlichen Volkspartei unentwegt treu zu bleiben, verspreche ich hierbei noch ausdrücklich.“

In der Diskussion traten die Herren Dr. Bresin und Assessor Blumenberg gegen den Redner auf. Ihre Redezeit war nur auf fünf Minuten beschränkt und so konnte nicht allzuviel gesagt werden.

Die Darlegungen des Herrn Kempner bewiesen, daß er wirklich nur mit einigen allgemeinen Sätzen operiert, und daß er ein waschechter Vertreter des Handelskapitals ist.

Inzwischen sind auch die Polen auf der Wahlstatt erschienen und haben einen Kandidaten aufgestellt. Die Nationalliberalen treten für Kempner ein; sie haben folgende Erklärung veröffentlicht: „Im ersten Berliner Reichstagswahlkreise findet am 15. Oktober eine Erloßwahl statt. Der Wahlkreis gehört zum Bestände der Fortschrittlichen Volkspartei. Ueberzeugt davon, daß in der ersten Zeit, in der die Feinde des Deutschen Reichs von außen bestürmen und nicht müde werden, seine Vernichtung zu fordern, der Parteizweifel im Innern nach Möglichkeit ruhen sollte, fordern wir unsere Parteifreunde auf, dem Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei, dem Geheimen Justizrat Herrn Maximilian Kempner, die Stimme zu geben.“

## Die Regierungssozialisten

hielten am 25. September eine Versammlung ab, in welcher ihr Kandidat Hugo Heiman eine Rede hielt, in der er meinte, der Neuwahl komme eine ganz besondere Bedeutung zu; sie sei vor allem eine Kundgebung für den Verständigungsfrieden auf geordneter Grundlage. Wir sind der Meinung, daß ein Frieden im Sinne des Sozialismus niemals ein Frieden zwischen imperialistischen Regierungen und ein solcher Verständigungsfrieden niemals das Ziel sozialistischer Proletarier sein kann. Auch von den Unabhängigen sprach Heiman. Er sagte: „Als die Unabhängigen die Partei sprengten, wäre diese Tat nur dann zu rechtfertigen gewesen, wenn sie, wie versprochen, den Frieden gebracht hätte. Diese Hoffnung mußte sich freilich als trügerisch erweisen, die Spaltung hat uns keinen Schritt weiter gebracht, sondern wie die Zukunft noch deutlicher zeigen wird, geschadet.“

In Wirklichkeit liegen die Dinge gerade umgekehrt. Weil die Gesinnungsgenossen Heimans sich immer mehr von sozialistischer Arbeit entfernten, sozialistische Grundzüge in den Wind schlugen und eine Politik betrieben, die nationalistisch war und im Sinne der Regierung und des herrschenden Klassenregimes lag, deswegen kamen wir einem Frieden nicht

näher, deswegen wurden die imperialistischen Kräfte gestärkt und gestützt und einer Politik die Wege verbaut, im Sinne des Proletariats Friedensarbeit, sozialistische Friedensarbeit zu treiben. Und, die wir im letzteren Sinne zu arbeiten bemüht waren, wurde durch die Politik der Regierungssozialisten die Arbeit erschwert. Deswegen sind wir einem wirklichen Frieden entfernt und deswegen auch unser Kampf gegen diese Art „Arbeitervertreter“. Die Freunde des Herrn Heiman sind es, die friedensfeindliche Politik getrieben haben. Natürlich konnten sie das leichter tun als wir, die wir proletarische Friedensarbeit treiben. Davon zeugt die Geschichte unserer Partei in ihrem ersten Jahre zur Genüge. Gerade deshalb erfreuen wir uns nicht des Wohlwollens wie seine Freunde um Scheidemann und Ebert, die die Ministerfessel zu besteigen im Begriffe sind.

In der Versammlung sollen, wie wir aus Berichten entnehmen, auch Mitglieder unserer Partei anwesend gewesen sein. In der Debatte scheint es lebhaft hergegangen zu sein. Das ist natürlich, wenn man hört, daß auch Herr Schöpslin das Wort genommen hat. Herr Schöpslin ist der Wahlmacher des Parteivorstandes. In der Handhabung aller Schmutzmittel ist er äußerst gewandt. Er schaut vor nichts zurück. Daß ein solcher Redner bestigen Widerspruch schon durch seine provozierende Art zu reden auslösen würde, ist selbstverständlich und wer Herrn Schöpslin als Debatter in der Parteipolemik von früher kennt, wundert sich über die Empörung, die er auslöst, durchaus nicht. Der Mann kann eben aus seiner Haut nicht heraus. Einige Genossen entgegneten. Da erhielt Richard Fischer das Wort. Das war das Signal allgemeinen Protestes unserer Genossen. Mit Zurufen: „Verräter!“, „Vortwärtsräuber!“ und dergl. wurde Fischer begrüßt. Immer härter wurde der Protest gegen Richard Fischer, der sich im Schöpslinschen Geiste bewegte. Schließlich löste der überwachende Beamte die Versammlung auf.

Der „Vortwärts“ berichtet in der ihm eigenen Art, daß unsere Genossen den polizeilichen Eingriff mit einer Beifallsfalbe begrüßt hätten. Wörtlich sagt der „Vortwärts“: „Wenn einem Sozialdemokraten durch ihren eigenen Tumult und durch polizeiliche Auflösung das Wort abgeschnitten wird, bringen die Unabhängigen Ovationen!“

Das ist der „Vortwärts“ in seiner ganzen Unehrlichkeit, wie er leibt und lebt. Er weiß ganz genau, daß es sich um einen lauten Protest gegen Richard Fischer, gegen einen Mann handelte, der seine Stellung mißbraucht, Treu und Glauben den Berliner Genossen gegenüber in der schönsten Weise verlernt hat, und daß man einem solchen Manne vertreiben wollte, sich als Sozialdemokrat aufzuspielen und ihn

## Praktische Bildungsarbeit.

Von Georg Kaufmann.

Der Krieg hat besonders unter den tätigen Genossen der Wahlvereine aufgeräumt. Die Folge war das Verschwinden der Bildungs-ausschüsse aus kleineren Ortsgruppen und Mitgliedschaften. Wurde die Bildungsarbeit schon von je als eine Art Luxus angesehen, den man sich leisten, weil man's dazu hatte, so bedurfte es oft nur der Beseitigung eines Ausschussmitgliedes, um den ganzen Bildungsapparat aufzulösen. Gerade von führenden Genossen konnte man gelegentlich hören, daß „geregelte Verhältnisse“ abgewartet werden müßten, ehe wieder an derartige Dinge gedacht werden könne. Diese harmlosen Gemüter machen sich von den uns bevorstehenden „geregelten Verhältnissen“ einen merkwürdigen Begriff! Unsere in höchster Bedrängnis kämpfenden russischen Genossen haben die revolutionäre, zu allen Zeiten anwendbare Macht der Bildungsarbeit erkannt. Wäre diese Erkenntnis bei uns in gleichem Maße vorhanden, könnte der Verwirklichung des Sozialismus mancher Stein mehr aus dem Wege geräumt werden.

Wo aber noch Bildungsausschüsse vorhanden sind, haben sie vielfach gegen den zöpligen Widerstand „alter, verdienter Parteigenossen“ zu kämpfen, die alles Heil in der radikalen Phrase suchen. Nachdem solche biederen Revolutionäre ihr Laubengelände besichtigt und schmunzelnd festgestellt haben, daß Kartoffeln, Grünbohnen und Tomaten gut gedeihen, gehen sie zum Zahlabend und erklären mit Grabesstimme: „Der Hunger ist der beste Agitator!“ Der Bildungsausschuss aber, der nicht alles dem Hunger allein überlassen will, sondern auch von der Aufklärung durch das gesprochene Wort sich einiges verspricht, muß alle Verebtheit anwenden, um seine Vorschläge durchzusetzen. Die Eroberung der staatlichen Gewalt durch das sozialistische Proletariat ist noch nicht die Verwirklichung des Sozialismus. Von der

in breiten Schichten der Bevölkerung vorhandenen Kenntnis der wirtschaftlichen und geschichtlichen Wechselbeziehungen wird es abhängen, ob das Proletariat das Staatsruder auf die Dauer und im Sinne des Sozialismus zu führen in der Lage sein wird. Die dem Volke durch Schule, bürgerliche Literatur und Presse eingeimpfte nationalistiche, ideologische Betrachtungsweise abzulösen, durch die materialistische Geschichtsauffassung, durch Vorträge, Vorlesungen und Diskussionen den roten Faden aufzuzeigen, der sich als eine endlose Verfestigung der sozialistischen Lehre durch das gesamte Weltgeschehen zieht, ist die ungemäße wichtige und schwierige Aufgabe der praktischen Bildungsarbeit.

Was dem Sozialismus die Zukunft sichert, ist, daß er sowohl den realen, als auch den seelischen Bedürfnissen der Menschen entgegenkommt. Es wäre schlecht um unsere Sache bestellt, wenn wir den Gegenwartsstaat nur bekämpfen, weil er den Körper hungern läßt. Die suggestive Gewalt unserer Weltanschauung ist ebenso sehr darin zu suchen, daß sie dem seelischen Hunger Befriedigung bringt. Nun gilt es, diesem doppelten Bedürfnis Rechnung zu tragen. Vorträge über die ökonomische Durchführbarkeit und geschichtliche Notwendigkeit der sozialistischen Wirtschaft, lassen sich nach den jeweiligen Umständen abwechseln mit mystikalischen und literarischen Veranstaltungen, künstlerischen Vorlesungen, Führungen und dergleichen.

Auf alle diese Dinge müssen insbesondere die Frauen hingewiesen werden. Wo die Bildungsarbeit in guten Händen liegt, bestehen regelmäßige, gutbesuchte Frauen-Belehnungen. Die Frauen kommen gern, wenn ihnen an Stelle leeren, schimpfenden Geschwätzes kurze Vorträge über die wirtschaftliche und weltpolitische Lage, über Probleme der Erziehung und ähnliches geboten werden. Aus der sozialistischen Literatur kann sich jeder halbwegs belehene Genosse dem es um die Sache geht (er braucht kein Gelehrter zu sein!) das Material zusammentragen, dessen er zur Ausgestaltung eines Vortragsabends bedarf. Was aber

unbedingt dabei sein muß. Der Vortragende darf sich nie, nie von Eitelkeit leiten lassen. Er darf nie glänzen wollen. Man merkt die Absicht und man wird verstimmt.

Den gleichen Takt müssen die mit Bildungsarbeit beschäftigten Genossen üben, wenn sie sich mit den „Kunzeln“ und „Lebzebnjagen“ beschäftigen. Wenn überbore die jungen Leute sich um Rat und Hilfe an die Erwachsenen wenden, so nur an solche Genossen, die diskret und unaufdringlich zu helfen wissen. Um das zu können, braucht man noch kein geborener Pädagoge zu sein. Guter Wille und strenge Selbstdisziplin vermögen viel.

Sollen nun auch die Kinder in den Kreis der sozialistischen Bildungsarbeit gezogen werden? Ja. Werden die Kinder nicht täglich und stündlich mit den bürgerlich-kapitalistischen Anschauungen infiziert und sollen wir untätig zusehen, wie diese Anschauungen, die wir bekämpfen, sich in den Kindern bilden einnistet? Fünfzig Kinder in einem geeigneten Raum zusammenzubringen, ist nicht schwer. Schwerer ist es schon, die Kleinen und die Großen gefondert zu versammeln. Dann tut man gut, den Leheren klar zu machen, daß sie um ihrer kleinen Freunde willen auch „eine Geschichte für die Kleinen“ mit in Kauf nehmen müssen. Die verlockendsten Wirkungen des Nord- und Totschlagns treten hier in Erscheinung, müssen aber überwunden werden. Die Kinderbeilage der früheren „Gleichheit“ bietet reichliche Auswahl an lustigen und ernstlichen Erzählungen, Gedichten, Reisebeschreibungen und Märchen, die bei aller Poesie und Schönheit doch das Kinderauge schärfen, um die Schönheit der bürgerlichen Weltordnung zu sehen — und das Begehren nach einer Welt des Friedens, der Liebe und Freude in die jungen Herzen säen. Hier muß mit besonderem Geschick gearbeitet werden. Wer ohne vorgeschriebenen Text anregend zu plaudern, plastisch zu schildern versteht, eignet sich besonders. Und die Kinder sind dankbar. Wer einmal auf diesem Gebiet gearbeitet hat, wird es nicht wieder aufgeben.

reden zu lassen. Es war Genugtuung, daß Fischer nicht reden durfte, nicht die Freude über die politische Auflösung. Der „Vorwärts“ sollte lieber mit Richard Fischer sich Gedanken machen darüber, welches Maß von Erbitterung und Wut über die den Berliner Arbeitern bewiesene Treulosigkeit sich angesammelt hat, daß man einen Mann wie Fischer nicht mehr hören will. Da nützen alle Verdrehungsstücke des „Vorwärts“ nicht das Geringste. Wir glauben auch nicht, daß das anders werden wird, wenn sich in Zukunft Richard Fischer in öffentlichen Versammlungen wieder zeigen sollte. Man konnte früher für Richard Fischer noch etwas übrig haben trotz sachlicher Meinungsverschiedenheiten und man konnte sich manchmal noch über ihn freuen, wenn er gelegentlich in seiner temperamentvollen Weise politische Vorgänge behandelte. Heute, nach seinen Taten als Geschäftsführer des „Vorwärts“ hat er jedes Recht verwirrt, noch als anständiger Mensch behandelt zu werden.

#### Unsere Wählerversammlungen.

Am Donnerstag, den 26. September, fand im „Deutschen Hof“ in der Luckauerstraße eine öffentliche Wählerversammlung statt. Der Andrang war enorm, doch wurde bald nach 8 Uhr der Saal abgesperrt: viele Hunderte fanden keinen Einlaß.

Drinnen im Saale konnte keine Stednabel zur Erde fallen. So weit wie möglich war Platz gemacht, um die Ankommenden unterzubringen. Reichstagsabgeordneter Dr. C o h n beleuchtete unter stürmischem Beifall die politische Situation. Genosse Richard Müller, der Kandidat der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei stellte sich den Wählern vor und bewies an der Hand der letzten Vorkommnisse, daß nur die Politik der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei die für die Arbeiterklasse einzig mögliche sei.

Der Vorsitzende Adolf H o f f m a n n gab Erinnerungen zur Kennzeichnung des regierungssozialistischen Kandidaten Heimann zum besten, wie dieser nach dem Tode Singers es sehr eilig gehabt habe, sich zum Nachfolger des Reichstagsmandats in empfehlende Erinnerung zu bringen. Der „Vorwärts“ hat diese Bemerkungen in sehr tendenziöser Weise als persönliche Verunglimpfung Heimanns wiedergegeben, so daß Adolf Hoffmann uns um Abdruck folgender Zeilen ersucht:

„Der „Vorwärts“ benutzt eine von mir in der Versammlung vom 26. d. Mts. im „Deutschen Hof“ mit Bezug auf seinen Kandidaten, Herrn Hugo Heimann, gemachte Ausführung, um mir den Vorwurf der persönlichen Verunglimpfung Heimanns zu machen. Es ist mir natürlich nicht im Traum eingefallen, Herrn Hugo Heimann als Mensch zu verunglimpfen oder über die Lauterkeit seines Charakters Zweifel zu hegen. Weder das eine noch das andere kann ein objektiver Zuhörer aus meinen Worten herausgehört haben. Ich habe mich in meinem Schlusswort gegen Herrn Heimann lediglich bezüglich seiner politischen Qualifikation geäußert und davon gesprochen, daß die jetzige und kommende schwere kritische Zeit als Vertreter des Volkes Männer braucht, die mit ihrer ganzen Person rücksichtslos für die Interessen des Volkes eintreten. Ich habe erklärt, daß das nach meiner Ueberzeugung von dem zur Wahl gestellten Kandidaten in Berlin I nur von demjenigen der U. S. P., Richard Müller, nicht aber von dem freistimmigen Kampfer und dem Regierungssozialisten Heimann zu erwarten ist. Diese, meine Ansicht, habe ich mit Gründen belegt, und dabei die Affäre Heimann bei Singers Tod erwähnt. Es ist unrichtig, daß Herr Heimann, wie der „Vorwärts“ behauptet, das Mandat im preussischen Landtag mit Rücksicht auf meine finanzielle Lage niedergelegt hat. Als Begründung mag er das so manchen gesagt haben, richtig ist aber, daß ich selbst Herrn Heimann zum Behalten des Mandats zurebete. Damals gingen die Wellen der Wahl dem o n s t r a t i o n sehr hoch, und die Arbeiterschaft verlangte, daß vor allem sich die preussischen Landtagsabgeordneten an den Straßendemonstrationen beteiligten. Da wurde Herr Heimann so krank, daß er die Last des Mandats nicht behalten wollte. Als aber der Genosse Singer starb, war er wieder so gesund, daß er an demselben Tage den Unterzeichneten aus dem Fraktionszimmer im Rathause herausbat und ihm das Ansuchen stellte, für ihn (Heimann) im vierten Kreise als Nachfolger Singers einzutreten. Er behauptete, Singer habe ihn selbst als Erbe des Mandates bezeichnet.

Ich lehnte dieses Ansuchen ab, indem ich erklärte, ich würde für die Auffstellung eines Arbeiterkandidaten eintreten und fände es ungeheuerlich, daß er mir ein betriebliges Ansuchen stelle, wo die Leiche unseres Paul Singer noch nicht einmal richtig kalt sein könnte.

Empört über das Vorgehen Heimanns, ging ich zu Singers Bruder und erkundigte mich dort nach der sonderbaren Mandatserbschaft, und erfuhr, daß Heimanns Angaben nicht stimmten. Heimann kam während dieser Aussprache ebenfalls zu Herrn Singer, und nun gab es zwischen uns eine Auseinandersetzung, deren Inhalt wörtlich niedergeschrieben ist und gegebenenfalls veröffentlicht werden kann.

Herr Heimann hat darauf seine Bewerbung um die Kandidatur zurückgezogen.

Ich selbst habe schon damals erklärt: in dem Augenblick, wo Heimann wieder eine Kandidatur zum Landtag oder Reichstag annehmen würde, werde ich diese Tatsache mitteilen. Das habe ich jetzt so weit es nötig getan, und hätte es auch getan, wenn ich mich mit Heimann noch in ein und derselben Partei befände, weil ich es für meine Pflicht hielt und der Meinung bin, daß jetzt mehr denn je Männer in das Parlament gehören, die sich auch in Stunden der Gefahr mit ganzer Person für die Sache einsetzen.“

Der „Vorwärts“ polemisiert gegen Hoffmann, ohne daß er den Wortlaut des an ihn gesandten Schreibens gleichen Inhalts abdruckt. Der „Vorwärts“ weist darauf hin, daß Heimann sechsmal von den jetzigen Unabhängigen zum Vorsitzenden der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion gewählt worden sei und daß er einstimmig von den Instanzen zum Reichstagskandidaten aufgestellt worden sei. Danach könne man ermesen, wer das öffentliche Vertrauen mehr verdiene, Heimann oder Hoffmann und wer der anständigere Mensch sei. Das Gerücht beweist doch nicht das geringste dafür, daß nun Heimann auch für den Reichstag der rechte Mann ist. Wir können nur für einen Mann eintreten, der Gewähr bietet, in allen Stürmen rüchgräufig und unerschrocken allen Gewalten zum Trotz im Sinne des Sozialismus, der unabhängigen Sozialdemokratie zu wirken. Aber dafür bietet uns ein Mitglied der Regierungssozialisten nicht die geringste Gewähr.

#### Genosse Haase im Gewerkschaftshaus.

Das Redeverbot gegen den Genossen Haase hat im Hauptauschuß des Reichstages heftige Anfeindungen erfahren, es wurde als ein schwerer politischer Fehler bezeichnet und seine Aufhebung verlangt. Charakteristisch ist, daß diese Forderung erst jetzt erhoben wurde und nicht schon früher, denn auch früher schon war es dem Genossen Haase verwehrt, in verschiedenen Gegenden Deutschlands, auch in Berlin zu reden. Jetzt ist dem Verlangen stattgegeben und das Redeverbot aufgehoben worden. Ob nur für die Wahlzeit im ersten Kreise, wird sich noch zeigen.

Am Dienstag sprach Genosse Haase im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Saal und Galerien waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Kopf an Kopf in fürchterlicher Enge lauschten die Arbeiter den Ausführungen Haases. Kurz, knapp, scharf beleuchtete Haase die politischen Verhältnisse, zuletzt auf die parlamentarische Lage eingehend. Er schilderte die neue politische Kombination, die sogenannte Parlamentarisierung und würdigte den Eintritt der Regierungssozialisten in die neue Regierung. Haase warnte, sich Illusionen hinzugeben, daß sei das schlimmste was eintreten könnte. Die Enttäuschung würde bald folgen. Die treibenden herrschenden Kräfte seien nach wie vor stark lebendig und werden es auch unter einer neuen Regierung sein, die doch auch nur eine kapitalistische sein kann. Klar sollen wir uns sein! Keine Vertuschung dürfe getrieben werden. Die Arbeiterklasse müsse sich auf sich selbst verlassen, schloß Haase unter stürmischem Beifall.

Darauf nahm der Kandidat Genosse R i c h a r d M ü l l e r das Wort. Müller knüpfte an die letzten Ereignisse an und ging dann auf die allgemeine, politische Lage ein, die Steuergesetzgebung und die Belastung der Besitzenden wie der breiten Massen eingehend behandelnd. In der Diskussion empfahl ein Herr Müller ein Kompromiß mit den Scheidemännern, wurde aber von der Versammlung ausgelacht. Genosse Haase erwiderte dem sonderbaren Heiligen zuerst.

Adolf Hoffmann, als Versammlungsleiter, forderte dann noch zu reger Mitarbeit auf.

#### Rußlands Aufgaben im Außenhandel.

Thesen von M. Bronski, die vom Kongreß der Volkswirtschaftsräte von ganz Rußland angenommen worden sind.

1. Durch den vierjährigen imperialistischen Krieg sind sämtliche Produktionskräfte aller Länder erschöpft. Der Warenausgang ist eine Folgeerscheinung dieser Erschöpfung und wird für die Volkswirtschaft aller Länder auch in den nächsten Jahren charakteristisch bleiben. Es vollzieht sich eine wesentliche Neugestaltung des Außenhandels. Nicht eine Jagd nach neuen Absatzgebieten und Märkten, sondern die Versorgung der eigenen Volkswirtschaft mit den notwendigen Bedarfsartikeln ausländischer Herkunft ist die Aufgabe der Außenhandels-

Politik eines jeden Landes, ungeachtet militärischer Erfolge.

2. Die Handelspolitik Rußlands vor dem Kriege zielte darauf ab, die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten zu erleichtern, gleichzeitig die Einfuhr von Industrieerzeugnissen im Interesse der sogenannten „vaterländischen“ Industrie zu hemmen. Die Rohware wurde in unbearbeitetem Zustande ausgeführt, d. h. unter den ungünstigsten Bedingungen für Rußland. Die Getreideausfuhr war nicht eine Folge der Unbehrlichkeit von Ueberschüssen, sondern sie entsprach nur der Staatsfiskalpolitik. Die gesamte Ausfuhr war also nicht durch unseren Reichtum an Naturschätzen bedingt, sondern durch Mängel; nicht durch den Reichtum — sondern durch die Armut.

3. Der Krieg und die Revolution haben die Stellung Rußlands auf dem Weltmarkt wesentlich verändert. Vor dem Krieg bekämpfte die fiskalisch-protektionistische Zollpolitik die Einfuhr von Industrieerzeugnissen und förderte den Getreide- und Rohstoff-Export. Künftig wird Rußlands Außenhandel genau das Umgekehrte erstreben müssen — die Steigerung der Einfuhr von Industrieerzeugnissen (Produktionsmittel), um die Neuorganisation der Volkswirtschaft zu ermöglichen, und die Verminderung der Ausfuhr von Rohwaren und Lebensmitteln.

4. Die nächstliegenden Richtlinien des auswärtigen Warenausverkehrs sind:

1. Sicherung der wichtigsten Zweige der Rohstoff- und bearbeitenden Industrie, Fabrikation von landwirtschaftlichen Maschinen, vor allem aber die Sicherung des Eisenbahnverkehrs, der landwirtschaftlichen, Textil- und der Leder- und Holz verarbeitenden Industrie.

2. Einschränkung der Einfuhr von Massenbedarfsartikeln (fertiges Schuhzeug einbezogen).

3. Einfuhrverbot für Luxusgegenstände und Artikel des persönlichen Bedarfs. Vorübergehend soll die Einfuhr von Lebensmitteln für den Massenverbrauch gestattet werden.

5. Der Leitsatz der russischen Ausfuhr ist der Warenaustausch. Die Erzeugnisse, die dem Ausland verkauft werden, werden in der auswärtigen Valuta berechnet und das Ausland muß eine Verpflichtung übernehmen, entsprechende Mengen eigener Erzeugnisse einzuführen. Der russische Ausfuhrplan für das nächste Jahr sieht eine Ausfuhr hauptsächlich folgender Produkte vor: Holz, Flach, Hanf, Borsten, Schmirgel, Rohleder, Felle, Tabak und Metalle. Als Zahlungsform für die eingeführten Produktionsmittel können gewisse Konzessionen in Gebieten dienen, die noch nicht erschlossen wurden, unter der Bedingung, daß die sozialistische Gesetzgebung für die Konzessionäre obligatorisch bleibt, und daß die Regierung an der Ausbeute unbedingt teilnimmt.

Die Umgestaltungen im Innern haben entsprechende Veränderungen im Außenhandel zur Folge. Da jede Einfuhr, die Ausfuhr bestimmt, muß der Außenhandelsverkehr systematisch geregelt werden. Die vorhandenen Methoden (Zoll, Protektionpolitik usw.) sind nicht zweckdienlich genug. Das Konzessionensystem überläßt die Initiative dem Privatkapital, das sich doch nicht nach den Bedürfnissen, sondern nach den Spekulationszielen richtet. Die Regulierung soll vom Gesichtspunkt der gesamten Volkswirtschaftsorganisation erfolgen.

7. Die „Nationalisierung“ des Außenhandels bedeutet, daß die Warenausfuhr aus dem Auslande nur den tatsächlichen Volksbedürfnissen, die von Volkswirtschaftsämtern festgestellt werden, entsprechen darf; daß die Zahlungen für die Einfuhr von denselben Ämtern der Wirtschaftsregulierung geleistet werden; daß die Vermittlungsgebühren und die Verdienste des Handelskapitals auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden, das höchstens eine staatliche Kommissionsgebühr zuläßt. Der Staat kann nur als einziger Käufer den wucherischen Kommissionsverdienst des russischen oder ausländischen Handelskapitals dem Produzenten oder dem Konsumenten wieder zurückerstatten.

8. Was die okkupierten Gebiete oder die selbständigen Staatsgebilde, die früher ein Teil des russischen Wirtschafts-Ganzen darstellten, anbetrifft, so beruht die Handelspolitik auf gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen. Eine Zollunion ist eine unumgängliche Lebensbedingung der interessierten Parteien. Eine rasche Lösung dieser Frage wird den Übergang zur Friedensproduktion in Rußland sowohl als auch in Polen, in der Ukraine und im Baltikum, erleichtern. Bis zur Abschließung geeigneter Verträge soll ein direkter Warenaustausch mit den selbständigen oder den besetzten Gebieten gepflegt werden — unter der Bedingung, daß die eingeführten Erzeugnisse der Bevölkerung wirklich zugeführt werden.

9. Um die Nationalisierung des Außenhandels ungehindert durchzuführen, sollen alle Einkaufsmethoden ausgenutzt werden, (staatliche, öffentliche, private). Die Monopolisierung des Einkaufs, sachgemäß geordnet, muß als Leitsatz gelten. Um den Schmuggel zu unterbinden, soll eine Kontrollverwaltung geschaffen werden, die im Einvernehmen mit den staatlich anerkannten Einkaufszentren ihre Funktionen ausübt. Die privatkapitalistischen Unternehmen sollen sämtlich verstaatlicht werden.

10. Die auswärtigen Bestellungen, einschließlich die der Militärämter, müssen im Rat für den Außenhandel zusammengefaßt werden. Insbesondere sollen folgende Fragen behandelt werden: 1. Valutaverteilung, 2. Tor-nageberechnung, 3. Seefrachtversicherung, 4. Aufspeicherung, 5. Handelskredit, 6. Zoll.

#### Aus dem Rathause.

Einen kurzen Besuch wiesen am Donnerstag, den 26. September, die Tribünen des Rathauses auf. In der Hauptsache waren es städtische Beamte und Angestellte, auch Arbeiter und Hilfskräfte, die alle hören wollten, welches Schicksal die Magistratsvorlage über die einmältige Steuerzulage haben würde. Ihre Geduld wurde auf eine harte Probe gestellt, denn vorher waren eine Anzahl anderer Vorlagen zu verabschieden.

Zunächst wurde berichtet über die Einrichtung von Ambulatorien in den städtischen Krankenhäusern. Danach soll es ermöglicht werden, Kranke, die im Krankenhaus gelegen haben, baldmöglichst wieder aus dem Krankenhaus herauszubringen, sie aber weiter ambulatorisch zu behandeln. Die Kranken bleiben in der Behandlung ihres Krankenhausarztes, nur mit dem Unterschied, daß sie den Platz im Krankenhaus nicht mehr in Anspruch nehmen. Ein Antrag des Stadtverordneten Dr. Wehl (U. Soz.) will auch solche Kranke diesem Krankenhausambulatorium überweisen, wenn es die behandelnden Ärzte der Stadt für notwendig halten, also Kranke, die nicht vorher im Krankenhaus gelegen haben. Diese Auffassung erfährt lebhafteste Anfechtungen durch Ärzte, die der Stadtverordnetenversammlung angehören. Vor allem wandte sich Stadtv. Professor Dr. Brandenburg gegen den Antrag Wehl mit der Begründung, er gehe an die Wurzeln unseres Gesellschaftssystems, er wolle die Ärzte zu Gliedern des öffentlichen Dienstes machen, das sei der Anfang vom Zukunftsstaat. Im übrigen machte der Herr den einseitigen Fürsprecher der Ärzteschaft, die sich mit Händen und Füßen gegen eine Einengung ihrer Berufstätigkeit wehre. Und alles, obwohl wir heute unter einer großen Ärztenot leiden, und obwohl es sehr schwer ist, bei plötzlichen Erkrankungen einen Arzt zu bekommen.

Bei der namentlichen Abstimmung wurde der Antrag Wehl mit 41 gegen 65 Stimmen abgelehnt, die Magistratsvorlage aber einstimmig angenommen.

Die Steuern betraf ein Antrag der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion, in dem verlangt wird, der Magistrat soll von dem Steuerbringsystem Abstand nehmen. Stadtv. Zubeil (U. Soz.) wies darauf hin, daß die Steuerverwaltung für zwei Steuerklassen angeordnet habe, die Steuerzahler sollen ihre Steuern bringen, während sie bisher geholt wurden. In jetziger Zeit bedente das für viele Kreise der Bevölkerung Zeit- und Geldverlust. Die Räumlichkeiten der Steuerbüros ließen heute schon zu wünschen übrig, vor allem aber die Abfertigung. Personal würde kaum gepart. Dann aber könne der Magistrat eine solche Maßnahme auf eigene Faust ohne die Stadtverordneten nicht beschließen. Der Magistrat ließ darlegen, daß es sich nur um einen Versuch handele. Die vorgetragenen Bedenken würden vom Magistrat nicht verkannt. Sollte das Steuerbringsystem allgemein zur Einführung kommen, würde der Magistrat eine Vorlage an die Stadtverordneten machen, wurde auch vom Bürgermeister in Aussicht gestellt. Nach dieser Erklärung wurde der Antrag zurückgezogen.

Beim städtischen Friedhofsbüro sollen Willenserklärungen derjenigen aufbewahrt werden, die nach ihrem Tode eingetragert werden wollen, da nach einem Sterbefall vielfach die nötigen Schriftstücke in der Ecke nicht gefunden werden. Diese Erklärungen können bei jedem Bezirksvorsteher abgegeben werden. Um das Publikum auf diese Einrichtung mehr aufmerksam zu machen, soll alljährlich eine Bekanntmachung erfolgen. Stadtv. Rannasse ersuchte, in den Standesämtern Plakate aushängen zu lassen, in denen auf diese Einrichtung hingewiesen wird, auch möchten die Veröffentlichungen öfter erfolgen. Das sagte der Bürgermeister Reide zu.

Ueber den Abbau der Vorschulen hat der Magistrat auf Beschluß der Stadtverordnetenversammlung mit den Vororten Verhandlungen geführt. Diese sind negativ verlaufen. Die westlichen Vororte sind es vornehmlich, die keine Neigung zeigen, die Vorschulen zu beseitigen. Stadtv. Leib (U. Soz.) sprach das Bedauern aus, daß die Verhandlungen zu nichts geführt hätten. Die Vorschulen seien Standeschulen, für den Besitz, durch deren Bestehen die Volksschulen leiden. Es sei bemerkenswert, daß selbst in der Kriegszeit an diesem Vorrecht so streng festgehalten werde und es zu keinem noch so kleinen Fortschritt auf dem Gebiete des Schulwesens kommen lasse.

Inzwischen war es 8 Uhr geworden, ehe der bedeutungsvollste Punkt der Tagesordnung an die Reihe kam: die Teuerungsvorlage. Der Sitzungssaal hatte sich schon geleert, während die Besucher der Tribünen tapfer ausgehalten hatten — bei dieser Ernährung. Mehr als 19 Millionen sind es, die der Magistrat für eine einmalige Teuerungszulage für die Beamten, Angestellten, Arbeiter und Hilfskräfte bereitstellen will. Die Anwendungen sollen bei den Beamten nach Gehaltsklassen erfolgen.

Klasse I bis 3000 Mk. soll 600 Mk.,  
Klasse II bis 5000 Mk. soll 700 Mk.,  
Klasse III bis 7000 Mk. soll 800 Mk.,  
Klasse IV über 7000 Mk. soll 900 Mk.

erhalten, für Kinder sollen pro Kind 100 Mk. gegeben werden. Ledige sollen 70 Proz. dieser Sätze erhalten. Kriegsteilnehmer 50 Proz. der Grundbeiträge und die vollen Kinderzulagen.

Die Hilfskräfte und Arbeiter, die länger als ein Jahr im städtischen Dienste stehen, sollen das Neunfache ihrer monatlichen Teuerungszulage erhalten. Stadtv. Bräuner (Abh. Soz.) hält die Vorlage nicht für genügend. Er hält die Klasseneinteilung bei den Beamten nicht für gerechtfertigt, ferner müssen die Arbeiter und Hilfskräfte berücksichtigt werden, die kein volles Jahr im Dienste der Stadt stehen. Stadtv. Hinge (U. Soz.) begründet einen Antrag den Beamten durchgängig 900 Mk., außerdem pro Kind 100 Mk. zu gewähren, den Arbeitern und Hilfskräften sollte man jährlich 600 Mk. und allen denen, die kein volles Jahr beschäftigt sind, pro Monat  $\frac{1}{3}$  des Betrages, also pro Monat 50 Mk., zukommen lassen. Hinge legte im einzelnen die Notwendigkeit dieser Zulage dar, die auch den Wünschen der Arbeiter entspreche. Nachdem die bürgerlichen Stadtverordneten Casel und Rosenow den Beamten und Arbeitern ihr Wohlwollen versichert hatten, wird die Vorlage einem Ausschuß zur Vorberatung überwiesen, der sofort ernannt wird.

## An unsere Leser!

Von dieser Nummer ab kostet die Einzelnummer unseres Mitteilungsblattes 15 Pf. Diese Erhöhung ist notwendig geworden infolge der ständig gestiegenen Druckpreise. Ueber große Inserateneinnahmen, die das finanzielle Rückgrat der Presse darstellen, verfügen wir nicht; wir sind fast ausschließlich auf die Einnahmen aus dem Abonnementspreis angewiesen.

Wir sind sicher, daß unsere Leser und Parteigenossen diese Gründe würdigen und mit aller Kraft für die weitere Verbreitung unseres und ihres eigenen Blattes wirken werden. Wir glauben auch, daß es nur dieses Hinweises bedarf, daß unsere Freunde uns auch fernerhin die Treue bewahren werden, die sie in dieser schweren Zeit uns und ihrer Sache bisher bewiesen haben. Auf unsere Funktionäre, die bisher in so opferfreudiger Weise die Verbreitung unseres Blattes bewirkt haben, rechnen wir auch in Zukunft.

### Das Postabonnement

beträgt für das Vierteljahr 2,10 Mk. einschließlich Bestellgeld. Die Abonnenten, die ihr Blatt durch die Post beziehen, wollen umgehend ihre Bestellung bei ihrem zuständigen Postamt erneuern.

Für die Kreuzbandabonnenten kostet das Blatt vom 1. Oktober ab wegen der von diesem Zeitpunkt ab in Kraft tretenden höheren Portolätze pro Vierteljahr 2,70 Mk.

Das Feldpostabonnement ist auf 1,50 Mk. für das Vierteljahr festgesetzt. Der Betrag muß vorher an den Kassierer Herbst, Schiälerstr. 5, eingesandt werden.

Redaktion u. Verlag des „Mitteilungsblatt“  
Schiälerstraße 5.

### Aus der Bewegung.

Zum 25jährigen Jubiläum der Moskauer sozialdemokratischen Organisation. Das Moskauer Komitee der kommunistischen Partei hat beschlossen, am 2. Oktober (19. September alten Stils) das 25jährige Jubiläum der Moskauer sozialdemokratischen Organisation zu feiern. An diesem Tage ist in Moskau der erste sozialdemokratische Zirkel zur systematischen Propaganda und Agitation unter den Moskauer Arbeitern gegründet worden. Seither hat die Organisationsarbeit nie aufgehört, trotz der Repressalien und Behaftungen, die dank dem von Subatow gut organisierten System der Agents-Propagateurs sehr oft vorliefen. Nach den ersten großen Erfolgen, nach den großen Streiks im Sommer 1896, die fast die ganze Moskauer Metall-Industrie umfaßten, wurde die Bewegung anscheinend lahmgelegt. Während der Jahre 1897—1900 wirkte sie ganz unterirdisch, ohne organisatorisch oder durch Massenbewegungen hervorzutreten. Doch im Februar 1901 trat die Bewegung wieder an die Oberfläche, und zwar in Form von großen Straßendemonstrationen. Das folgende große Ereignis in der Moskauer Bewegung war der Streik der Drucker im September 1903. Die Bewegung begann 1901 mit einem Kampf um die dringendsten wirtschaftlichen Bedürfnisse und nahm dann immer mehr den Charakter des Kampfes zur Niederwerfung des Selbstherrschertums an, für die demokratische Republik, die Lösung der Agrarfrage und den 8 Uhr-Arbeitstag.

Die Bewegung nahm während des japanischen Krieges immer größeren Umfang an. Sie begann mit einem allgemeinen Streik und einem Witzgang zum Schloß am 9. Januar und dehnte sich auf ganz Rußland, natürlich auch auf Moskau aus. Dauernde Arbeiter- und Bauernunruhen während des großen Jahres, Matrosen- und Soldatenaufstände fanden ihren Abschluß in dem berühmten Oktober-Generalsstreik, der auf der Moskauer Eisenbahn seinen Anfang nahm. Dieser Streik führte zum ersten großen Sieg der Revolution.

Die hierauf folgenden „Tage der Freiheit“, die Organisation des Arbeiterrats, endlich der Moskauer Dezember-Aufstand, bilden die wichtigsten Ereignisse der Moskauer Arbeiterbewegung, die für immer in die Geschichte eingetragen sind.

Die Niederlagen von 1906/1907 haben die russische Arbeiterrevolution nicht zermalmt, sie haben sie nur zeitweise ins Unterirdische zurückgedrängt, wo Kräfte für einen neuen Ausbruch, der durch den Weltkrieg beschleunigt wurde, gesammelt wurden und reisten.

Die Revolution 1917 hat den Zarismus endgültig niedergeworfen. Ueber ganz Rußland verbreiteten sich die Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, die zunächst die Macht mit der Bourgeoisie teilten. Doch allmählich verstärkten sie unter dem Einfluß des linken Flügel der Sozialdemokratie, der Bolschewiki, ihre Macht. Nach der sozialistischen Oktober-Revolution nahmen sie die Regierungsgewalt ganz in ihre Hände.

Während dieser 25 Jahre wird die Arbeiterbewegung in Moskau durch die sozialdemokratische Organisation von 1898 ab durch die sozialdemokratische Partei geleitet, vor allem aber durch ihren linken revolutionären Flügel, die Bolschewiki, die sich jetzt kommunistische Partei nennt.

Die „Internationale Korrespondenz“, die von Herrn Baumeister mit Hilfe und Unterstützung der Generalkommission der Gewerkschaften gegründet und später von dem Parvusischen Verlag für Sozialwissenschaft übernommen wurde, hat ihr Erscheinen am 30.

September eingestellt. Die Einstellung des Erscheinens ist etwas plötzlich gekommen. In einem Abschiedsartikel lagen Herausgeber und Schriftleiter über die Aufgabe der I. K.: „Der Hauptinhalt der I. K. geht ursprünglich der Arbeiterbewegung des Auslandes, über die vor Kriegsbeginn und auch noch im Kriege die größten Täuschungen verbreitet waren. Die Wahrheit über Stärke und Auffassungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in anderen Ländern zu verbreiten mußte für die deutsche Arbeiterschaft von hohem Wert sein.“

Das Gegenteil von dem hat die I. K. während ihres Bestehens getan. Nicht Wahrheit hat sie verbreitet, sondern sie hat mit Entstellungen, Unwahrheiten in größter Form gearbeitet. Im sozialdemokratischen Gewand schlüßend, war sie ein im nationaldemokratischen Geiste gehaltenes Depil, das in der Verleumdung alles dessen, was wirklich sozialistisch war, nicht übertrifft werden konnte. Auf diesem Gebiete hat die I. K. hervorragendes geleistet, wobei sie selbst vor Denunziationen nicht zurückschreckte. Für die reaktionäre Presse war denn auch ihr Inhalt äußerst wertvoll.

An ihrer Stelle wird der bisherige Hauptschriftleiter Emil Heilmann ein eigenes Geschäft eröffnen unter der Firma „Sozialistische Korrespondenz für In- und Ausland“. Eine andere Firma, die gleiche Nummer!

Breslau. Ein alter, bewährter Genosse, der Schuhmachermeister Eugen Maehge, wurde uns plötzlich durch den Tod entzissen. Maehge gehörte seit vielen Jahren der soz. Partei an. Seiner Ueberzeugung treu bleibend, schloß er sich bald nach Gründung der U. S. P. an. Er war einer jener Genossen, die in ruhiger, aber emsiger Arbeit ihre Pflicht als Parteigenosse voll und ganz erfüllten. Die hiesige Ortsgruppe wird sein Andenken in Ehren halten.

Breslau. In einer am 23. d. Mts. in den „Union-Häusern“ tagenden Mitgliederversammlung der U. S. P. hielt Gen. Ed. Bernstein einen Vortrag über das Thema: „War es notwendig, die U. S. P. zu gründen?“ Ausgehend von den Verhältnissen in der Partei vor dem Kriege führte er u. a. aus, daß es eine absolute Einigkeit in dieser noch nie gegeben hat, und in einer revolutionären Partei, wie es die Sozialdemokratie sei, nie geben kann. Es seien immer zwei und mehrere Richtungen vorhanden gewesen.“ Er kam bei Erwähnung verschiedener Vorgänge auf die Auseinandersetzung mit den jüdischen Genossen wegen der Budgetbewilligung zu sprechen, die bei der Spaltung geführt hätte. In Friedenszeiten sei es möglich gewesen, sich auf Parteitagen, Konferenzen usw. auseinanderzusetzen, deswegen sei es doppelt verwerflich, wenn in dieser außergewöhnlichen Zeit jede andere Meinung, als die vom Parteivorstande sanktionierte, als Disziplinbruch bezeichnet und mit allen Gewaltmaßnahmen zu unterdrücken versucht werde. In Frankreich und anderen Ländern, selbst in Oesterreich ist man nicht so intolerant. Wohin diese ganze Volksfurcht geführt hat, wird mit jedem Tag offenkundiger. Wenn er sich auch heute noch zu den Rechtskonisten zähle, so sei er doch dem Grundsatze treu geblieben. Den ersten Schritt auf den Weg zur tiefen Ebene sieht er bei der Zustimmung zur Wehrsteuer 1913, gegen die er damals schon gestimmt hat. Man sei der Meinung gewesen, den Reichen würde dadurch der Militarismus vererbt werden. Das sei nicht der Fall, diese Leute lassen es sich etwas kosten, wenn es in ihrem Interesse liege, das zeige sich auch bei anderen Gelegenheiten. Dann handele es sich aber vor allem darum, daß die Gelder Kulturzwecken entzogen werden, um sie der Ankultur zuzuführen. Er zeigte an Hand von Zeitungsartikeln der Parteipresse, wie plötzlich der Umschwung der Meinung vor sich ging, auch der Aufruf des Parteivorstandes kurz vor dem Aulnetermin ist ein klassisches Beispiel. Da heißt es: „Noch dampfen die Reder vom Blut der Balkankriege, — kein Tropfen Blut darf fließen wegen dem österreichischen Nachtkittel“ usw. Er erwähnte die Ausprüche, die Gen. Müller vom Parteivorstande noch kurz vor der Kriegserklärung mit französischen Genossen hatte, und ihnen erklärte, die deutschen Genossen würden gegen Kriegskredite stimmen, im ungünstigsten Falle sich der Stimme enthalten. B. erklärte, daß die Kriegskredite unter keinen Umständen bewilligt werden dürften, wenn man der Internationale treu bleiben wollte. Es sei die schwärzeste Stunde seines Lebens gewesen, als er einmal für diese stimmte. Es habe sich aber sehr bald gezeigt, wie die ganze Sachlage stand und wie es die Regierung verstanden habe, die Volksvertretung irrezuführen. Er ging des näheren auf den ganzen Notenwechsel und die Kriegserklärungen ein. Bei Erwähnung des Sudomirnow-Prozesses bemerkte er, daß dieser ihm nur zu seiner Stellungnahme recht gäbe. Man dürfe nicht vergessen, daß Belgien und Luxemburg ebenfalls Neutralitätsstaaten seien wie die Schweiz, nicht zu verwechseln mit neutralen Staaten. Wenn der Parteivorstand erklärte, wir lehnen die Mittel für jeden Krieg im kapitalistischen Staate ab, aber nun sei der Krieg da, und da müssen wir auch bewilligen, so sei das eine sehr schöne Logik. Genau so widersinnig sei der Ausspruch: „Wir bewilligen doch nicht der „Regierung“ die Gelder.“ Lench stimmte bei der ersten Abstimmung gegen die Kredite, mit der Motivierung, daß man mit dem Beschluß der Internationale die Einigkeit herausreife, und welche Stellung nimmt Lench heute ein? In vielen Beispielen zeigte er, mit welchen Gewaltmaßnahmen der Parteivorstand Hand in Hand mit der Generalkommission der Gewerkschaften die Presse zu knebeln suchte, sich der „Neuen Zeit“ und jeder anderen Zeitung bemächtigte, die nicht im Sinne des Parteivorstandes schrieb. Bemerkenswert sei ja vor allen Dingen der Beschluß, „daß überall dort, wo sie in der Minderheit seien, eigene Organisationen neu zu schaffen sind, wo sie aber die Mehrheit haben, da seien die oppositionellen Genossen auszuschließen.“ Und nach alledem habe man noch die Stirn, der Opposition Partei spaltung vorzuziehen. Ganz widerrechtlich hat die Fraktion gehandelt, als sie die Opposition ausschloß und somit ihrer Grundrechte beraubte, die sie als Beauftragte der Wähler auszuführen habe, dazu hatte sie als

Fraktion überhaupt kein Recht. Mit einem kräftigen Appell, frei zu den Grundfragen der internationalen Sozialdemokratie zu halten, die nur eine Partei hochhalten könne, die „unabhängig“ zur Regierung stehe, schloß der Redner seinen zweifelhafte, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Der Vorsitzende ersuchte zum Schluß die Mitglieder, bei allen Veranstaltungen so zahlreich zu erscheinen.

**Offenburg (Baden).** Am 30. September wurde im benachbarten Dorfe Weier unser treuer Genosse Theodor Vetter, Maurer, beerdigt. Er starb während des Urlaubs als Feldgrauer an der Lungentzündung. Ein sehr intelligenter Arbeiter und unermüdlicher Aufklärer, wirkte Vetter unter einer reaktionären bäuerlichen Bevölkerung seit bald 20 Jahren erfolgreich für die Ausbreitung des Sozialismus. Die Gründung der U.S.P. hat er als eine Notwendigkeit erkannt. Sein frühes Scheiden erfüllt alle Freunde mit innigem Trauer. — Eine hochgeehrte Genossin, die früher als Textilarbeiterin hier agitatorisch tätig war und in Karlsruhe die U.S.P. gründete, ist dort an der Schwindsucht gestorben: die 33jährige Witwe Casariner Schäfer. Ihr Name steht bei unseren Genossen in hoher Ehre. Der „Volksfreund“ hat den Tod nicht erwähnt.

**Im Wahlkreis Mannheim-Weinheim-Schwellingen** gewinnt unsere Bewegung immer mehr an Boden. Dies kam auch auf der kürzlich stattgefundenen Kreisversammlung zum Ausdruck. Wie aus dem Bericht des Vorstandes ersichtlich, bestehen nunmehr in 14 Orten des Kreises Mitgliedschaften der U.S.P. Ihre Gesamtzahl beträgt 1226, gegenüber 870 Ende Januar d. Js. Die Entwicklung schreitet fort. Mancherlei Behinderungen mußten überwunden werden; zahlreiche Eindrückungen wurden wettgemacht durch die Agitations- und Aufklärungsarbeit der Genossen. Die Verhandlungen der Kreisversammlung waren vom besten Geist getragen. Um die Finanzen der Partei zu stärken, beschloß die Konferenz die Festsetzung eines Wochenbeitrages von 15 Pf. für männliche Mitglieder. Die Frauen zahlen 40 Pf. pro Monat bei Gratislieferung der Frauenbeilage. Lebhaft befürwortet wurde eine entschiedene Propaganda für die Stärkung des Pressefonds, wobei Hohenheim — eine Parteifiliale, deren Mitglieder bei geringem Verdienst meist in der Tabakindustrie beschäftigt — mit seinem bisherigen erfreulichen Ergebnis besondere Anerkennung fand. Erhält die U.S.P. im Badischen Zentrum — Mannheim — eine immer festere Position (kürzlich erst wurde sie vom dortigen Gewerkschaftsamt als gleichberechtigt neben der „alten Parteiorganisation“ anerkannt), so zeigen sich nicht minder im übrigen Badischen Ländle erfreuliche Fortschritte. In den letzten Monaten faßte unsere Bewegung neben den seither bestehenden Organisationen in diversen weiteren Kreisen festen Fuß. Wir marschieren!

**Vorspiel zum Wahlkampf in Kiel.** Mit folgendem Etablorat beginnt die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung den diesjährigen Wahlkampf:

„Die Parteierstörer sind auch hier wieder an der Arbeit, um zu verhindern, bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen die Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiterschaft noch weiter zu tragen. Wie wir aus dem Berliner Mitteilungsblatt der Unabhängigen erfahren, haben die hiesigen Unabhängigen in ihrer letzten Versammlung, allerdings gegen eine starke Minderheit, die Beteiligung an der Stadtverordnetenwahl beschlossen. Es scheint also unter den Unabhängigen noch vernünftige Leute zu geben, die vielleicht von dem Mißerfolg des vorigen Jahres belehrt wurden, vielleicht auch von der Erkenntnis ausgehend, daß eine Zerplitterung der Arbeiterbewegung den Arbeitern selbst den größten Schaden verursacht, aber die Mehrheit, wie wir sie in unseren früheren Versammlungen kennen gelernt haben, als politisch unreife, die sich den Teufel darum scheren, was aus der Arbeiterschaft selbst wird, hat beschlossen, allen Vernunftgründen zuwider den vorjährigen Mißerfolg auch auf dieses Jahr zu übertragen. Der gesunde Sinn der Kieler Arbeiterschaft wird es hoffentlich zuwege bringen, diesen Mißerfolg noch zu vertilgen. Auf keinen Fall hat die Kieler Arbeiterschaft Ursache, gegen die Tätigkeit unserer Fraktion im Rathaus dadurch mißtraulich zu werden, daß sie einigen Unabhängigen Altweltshelfern Schlepperdienste leistet.“

Allem Anschein nach, wie dieser Artikel der Schl.-H.-Volksz. zeigt, werden unsere Gegner die vorjährigen unglücklichen und demagogischen Kampfmethoden wieder anwenden. Keine Spur von Sachlichkeit, kein Eingehen auf die tatsächlichen, doch nun einmal vorhandenen Gegensätze, nur Geschimpfe und Verdrehungen.

In unserer Septemberversammlung gab zunächst der Vorsitzende bekannt, daß der Genosse Grünig dem Völkermorden zum Opfer gefallen ist. Die Versammlung erhob sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen.

Als dann besprach zum Punkt Stadtverordnetenwahlen Gen. Schweiner die vorjährigen Wahlen und die schloß Taktik der Regierungsozialisten. Daß es diesmal nicht besser wird, zeigt die Schl.-H.-Volksz. vom 4. 9.

Gen. Popp bespricht die Aufgaben und Möglichkeiten der Partei innerhalb der Kommune, betont, daß die Gesetze der beiden soz. Parteien natürlich nicht auf der Kommunalpolitik basieren, daß wir aber auch innerhalb des Kommunalparlamentes nur Leute als geeignet zur Vertretung von Arbeiterinteressen erachten können, die voll und ganz auf dem Boden des soz. Klassenkampfes stehen. Beide Genossen forderten zur tatkräftigen Wahlarbeit auf. Es wurde eine Nebengliederige Wahlkommission gewählt.

Eine auf Antrag Popp vorgenommene Tellerammlung zur Beschaffung von Erleichterungen für inhaftierte Genossen ergab 81,01 M.

### Aus dem Gewerkschaftsleben.

**Gewerkschaften und Ernährungsfragen.** Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission hatte zu Donnerstag, den 26. September 1918, eine Versammlung einberufen, an der die Vertreter

der örtlichen Vorstände der 9-stigen Gewerkschaften sowie auch Hirsch-Dunker teilnahmen. In dieser Versammlung erstattete Adolf Cohen Bericht über die Tätigkeit des Ernährungsausschusses. Dieser Bericht konnte nur negativ berichten. Er konnte von den Klagen und Beschwerden berichten, die vorgetragen wurden, für die man viele schöne Worte gefunden habe, denen aber nie Abhilfe folgte. Die Beschwerden richteten sich gegen die staatlichen Behörden, die städtischen seien sehr entgegenkommend gewesen, hätten aber an den staatlichen Stellen kein Gehör gefunden. Mit der Ernährung sei es immer schlimmer geworden und es werde noch schlimmer werden, sei doch in Aussicht gestellt, daß im Monat Oktober nur einmal 70 Gramm Butter gegeben werden sollen. Cohen schloß:

„Nachdem unsere mühevollen Arbeiten im Ernährungsamt so ergebnislos geblieben sind, fragen wir die Vertreter der Gewerkschaften, ob wir noch mit den staatlichen Stellen weiter verhandeln oder auf eine Mitwirkung in den Ernährungsfragen, die ja doch zwecklos ist, verzichten sollen.“

In der Diskussion, an der sich zehn Redner, meist mit längeren Ausführungen beteiligten, kam der schärfste Protest gegen die Mißstände im Ernährungsamt zum Ausdruck. Alle Redner stimmten darin überein, daß die Vertreter der Gewerkschaften mit den für die Lebensmittelversorgung in Frage kommenden staatlichen Behörden nicht mehr zusammenarbeiten sollen. Einzelne Redner gingen noch weiter. Sie verlangten den Rücktritt der Arbeitervertreter auch aus den Ernährungskommissionen der Gemeindebehörden. Demgegenüber betonten Mitglieder der Kommissionen, daß ihnen die Gemeindebehörden das größte Entgegenkommen zeigten und die Wünsche der Arbeiter Berücksichtigung finden. Besonders die Haltung des Oberbürgermeisters Wermuth verdiene alle Anerkennung. Man dürfe nicht vergessen, daß für die Lieferung der Lebensmittel nur die staatlichen Behörden in Frage kommen, während die Gemeindebehörden keine andere Aufgabe haben, als das zu verteilen, was ihnen von den staatlichen Stellen zugewiesen wird. Hierbei hätten die Arbeitervertreter erfolgreich mitgearbeitet. Auf diese Mitarbeit zu verzichten, liege kein Grund vor. — Glode sagte, man solle es nicht bei der Annahme einer Protestresolution an dieser Stelle bewenden lassen, sondern eine große Protestkundgebung durch Versammlungen veranstalten, die nicht nur das verfehlte System der Lebensmittelversorgung verteilen, sondern auch fordern, daß, wenn die schlechten Ernährungsverhältnisse nicht durch eine gerechte Verteilung gebessert werden, eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten muß. Nach dem Schlußwort des Referenten wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 26. September versammelten Vertreter der Freien Gewerkschaften und der Gewerksvereine Hirsch-Dunker erklären nach Anhören ihrer Vertreter im Ernährungsamt ihren Protest gegen die weitere Verkürzung der bestehenden Ernährungsrationen, die darin bestehen, daß vom Oktober an nur noch einmal im Monat Butter in Höhe von 70 Gramm gegeben werden und daß die fleischlosen Wochen auch fernerhin bestehen bleiben sollen.

Es ist nicht nachgewiesen, daß ein Mangel an Butter eingetreten ist. Vielmehr wird Butter im Schleichtwege zu 20—24 Mark das Pfund mehr wie zuvor in die Bevölkerung getragen. Ebenso ist nicht erwiesen, daß der Viehstand im Reich erheblich zurückgegangen ist.

Obwohl von den Vertretern der Arbeiter häufig die Unterbindung des Schleicht Handels verlangt wurde, ist vom Kriegsernährungsamt nichts nennenswertes dagegen unternommen worden, so daß derselbe in diesem Jahre noch einen größeren Umfang angenommen hat. Auch der Schleichthandel mit Kartoffeln, der in diesem Jahre einen ungeheuren Umfang angenommen hat, beweist, daß bei einigermaßen gutem Willen der Bevölkerung mehr als 7 Pfund pro Woche gegeben werden können.

Die Versammelten erkennen darin eine Rücksichtnahme auf die bedürftigen Kreise in der Landwirtschaft und haben nicht das Vertrauen zum Kriegsernährungsamt, daß es ernstlich gewillt ist, die Maßnahmen zu treffen, die nötig sind, um die ärmere Bevölkerung vor Auswucherung zu schützen.

Die Versammelten fordern als zur Ernährung durchaus notwendig mindestens 10 Pfund Kartoffeln pro Kopf in der Woche, Befreiung der fleischlosen Wochen, Aufrechterhaltung der bis zum 1. Oktober 1918 geltenden Rationierungen; entschiedene Bekämpfung jeglichen Schleicht Handels, Unterlassen jeglicher Verordnungen, die eine Konzession an den sogenannten Antrag Köstler darstellen.

Sollte diesen Forderungen nicht entsprochen werden, hält die Versammlung es für zwecklos, daß der Ernährungsamt noch weiter mit den staatlichen Behörden Verhandlungen pflegt.

**Militarisierte Betriebe und Hilfsdienstgesetz.** Der Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlin, verhandelte kürzlich eine Klage eines Schlossers, der in einem militarisierten Betriebe beschäftigt war und sprach ihm den verlangten Abblehrschein zu.

Auf Grund dieser Entscheidung erhielt der Kriegsausschuss folgende Verfügung des Oberkommandos:

Oberkommando in den Marken.  
Sect. K. I. o. Nr. 107 666.  
Berlin W. 10, den 25. 9. 1918.  
Victoriastr. 25.

Wie bekannt, habe ich durch Verordnung vom 7. August 1918, Sect. O. Nr. 280 067, den Betrieb der Waffenfabrik der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Wittenau unter militärische Leitung gestellt. Dabei habe ich allen in dem Betriebe beschäftigten Personen verboten, ohne Zustimmung des militärischen Leiters die Arbeitsstelle zu wechseln.

Wie mir gemeldet wird, hat der militärische Leiter den Antrag des in der Waffenfabrik beschäf-

tigten Schlossers . . . auf Stellenwechsel abgelehnt. Dessen ungeachtet hat der Kriegsausschuss auf den Antrag des . . . eine Sitzung am Donnerstag, den 19. d. Mts. anberaumt und im Anschluß daran den Abblehrschein erteilt. Das war unzulässig, da meine auf § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand beruhende Verordnung vom 7. August für die Dauer der Militarisierung des Betriebes die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes über die Erteilung des Abblehrscheines durch den Schlichtungsausschuss außer Kraft setzt.

Ich verbiete daher in Zukunft dem Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlins die Abhaltung von Sitzungen, in denen über die Angelegenheiten von Arbeitern militarisierter Betriebe verhandelt werden soll.

Ich ersuche, den Eingang dieses Schreibens zu bestätigen.

Der Oberbefehlshaber in den Marken.  
gez. von Linsingen, Generaloberst.

An den Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Berlin, Schlegelstraße 2.

Ein Beisitzer des Kriegsausschusses sendet dem „Vorwärts“ zu dieser Verfügung folgende Bemerkung: Das Oberkommando ist auf Grund des Wortlauts des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand zu dergleichen Verfügungen wohl berechtigt. Ob diese Stellung aber dem Sinne des Gesetzes über den Belagerungszustand, besonders des § 9b entspricht, ist eine andere Frage.

Der Begriff des § 9b ist genau so bezn- und auslegbar, wie in früheren Jahren der Grobe-Anflug-Paragraf. Man kann die Frage aufwerfen, wer von beiden Instanzen der größtmöglichen Ausnutzung der Arbeitskraft mehr gebietet hat. Der Kriegsausschuss wollte mit seiner Entscheidung einem Manne zu einer Stellung verhelfen, in welcher er seine Fähigkeiten in höherem Maße verwenden konnte als bisher; das Oberkommando hält dagegen, indem es sich auf die formalen Bestimmungen des Gesetzes über den Belagerungszustand beruft, einen Mann auf einen Platz, wo er seine Fähigkeiten nur zum Teil ausnutzen kann. Ueber die formelle Seite des Ganzen läßt sich nur schlecht eine öffentliche Diskussion führen. Deshalb ist die ganze Angelegenheit einem Mitglied des Hauptausschusses des Reichstages übergeben. Da der Hauptausschuss zurzeit gerade tagt, dürfte hier die beste Gelegenheit sein, über diese Frage eine Auseinandersetzung herbeizuführen.

### Groß-Berliner Chronik.

**Die Arbeiter-Bildungsschule beginnt am Sonntag, den 6. Oktober, ihre Lehrtätigkeit im Winterhalbjahre 1918/19.** Wir verweisen auf den ausführlichen Lehrplan an anderer Stelle dieser Nummer.

**Herrnlose Bohnen.** Auf sonderbare Weise ist die Stadt Berlin in den Besitz von 2000 Tonnern Bohnen gekommen. Dieses nicht gerade kleine Quantum wurde bei einer Revision im städtischen Osthafen gefunden. Niemand wollte Besitzer sein. In den Büchern wurden die Bohnen nicht geführt. Und da kein Besitzer zu ermitteln war, eignete die Stadt Berlin sich die Bohnen an. Sie hat eine schöne Einnahme erzielt. In der Verwaltung des Osthafens ist vieles nicht in Ordnung. Direktor und Hafenmeister werden beschuldigt, unreelle Transaktionen vorgenommen zu haben. Sie sollen dabei Hand in Hand gearbeitet haben. Der Direktor ist in Serbien und verbleibt dort einen Posten, der Hafenmeister sitzt in Untersuchungshaft. Er hat ein Bankkonto von 100 000 Mark. Von einem Gehalt von 300 M. pro Monat wozu während des Krieges Teuerungszulagen kamen, kann er sich eine solche Summe nicht zurückgelegt haben. Es sollen die verschiedensten Verschleudungen vorgekommen sein.

**Die Geschäftsordnung der Berliner Stadtverordnetenversammlung** behält ein Antrag der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion, der für die nächste Sitzung eingereicht worden ist. In der vorletzten Sitzung war ein Antrag unserer Genossen eingebracht worden, der den Magistrat aufforderte, sich mit einer Petition um Herbeiführung eines baldigen Friedens an die zuständige Reichsstelle zu wenden. Der Stadtverordnetenvorsteher lehnte es ab, den Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, hielt es auch gar nicht für nötig, die Antragsteller von seinem Vorhaben in Kenntnis zu setzen. Erst auf dem Umwege über eine geschäftsordnungsmäßige Anfrage gelang es mit Mühe, aus dem Vorsteher herauszubekommen, daß er den Antrag deshalb nicht auf die Tagesordnung gesetzt habe, weil er denselben für politisch anfechtbar und weil politische Angelegenheiten nach der Geschäftsordnung nicht verhandelt werden dürfen. Unsere Genossen verlangen, daß in einem solchen Falle der Vorsteher den Antragstellern von seinem Vorhaben Mitteilung zu machen hat und daß die Antragsteller das Recht haben, die Entscheidung der Versammlung anzurufen, welche dann nach der Begründung und Erörterung des Antrages Beschluß zu fassen hat.

Eine große Stiftung hat der Rentier Robert Redlich bestimmt. Er hat sein Vermögen der Stadt Berlin zur Unterstützung von Kriegsinvaliden und von Hinterbliebenen der im jetzigen Kriege Gefallenen vermacht. Die Höhe des auf die Stadt kommenden Betrages beläuft sich nach Zahlung der Vermächtnisse auf etwa 1 1/2 Millionen Mark. Nach den geltenden Bestimmungen muß erst die landesherrliche Genehmigung zur Annahme der Stiftung eingeholt werden, ehe sie in Kraft treten kann, so daß vorläufig Gesuche um Unterstützung aussichtslos sind.

Verantw. Redakteur: C. Leib; Verleger: A. Hoffmann; beide Berlin O. 27, Schillerstraße 5.  
Druck: Maurer & Dimmid, Berlin, Köpenicker Str. 26-28.